

## **Die Währungsunion und die Entstehung der Treuhandanstalt - Anmerkungen zur politischen Ökonomie des neuen Deutschland**

Die vergnüglichen Kontroversen, ob und wann denn die DDR endgültig pleite gewesen wäre, verschleiern die sozialökonomischen Grundlagen für das Abtreten der DDR ebenso gekonnt, wie sie die Anschlußpolitik verharmlosen. In diesen Kontroversen treffen empörte Kritiker der DDR, die nimmermüde vom Staatsbankrott des Landes reden und die Alternativlosigkeit von Währungsunion und Privatisierung verteidigen, auf die unbeirrbar Verteidiger des Landes, die Klage ob des verschleuderten Erbes erheben. Wie selbstverständlich wenden die Kontrahenten dabei Vorstellungen aus der Sphäre privaten Rechts (Konkurs, Erbe) auf einen Staat an, der doch ebenso selbstverständlich kein privates Rechtssubjekt ist. Tatsächlich ist ein Staat jene öffentliche Gewalt, welche die Rechte der Bürger erst zur Geltung bringt, "denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen."<sup>1</sup> Auch private Zahlungsunfähigkeit wird zum Bankrott erst durch den Zugriff der Gläubiger auf das Eigentum des Schuldners, für den zumeist Gewalt oder doch die Androhung von Gewalt erforderlich ist. Die notwendige Voraussetzung der Rede vom Staatsbankrott ist deshalb die Unterordnung unter die Gewalt eines anderen Staates, ein politischer Fakt, der in der Debatte als ökonomische Tatsache verkannt wird.

Leider war gerade die linke Kritik am neuen Deutschland durch Konjunkturen geprägt, die nur aus der Situation der Kritiker, nicht aber aus der Veränderung des Gegenstandes erklärbar sind. Von der Modrow- Regierung war die THA in illusorischer Weise als bloße juristische Form für einen beliebigen ökonomischen Inhalt geplant gewesen. Erst mit der Wirtschafts- und Währungsunion erhielt sie einen sachlichen Auftrag: die Zurichtung der DDR- Wirtschaft für die bundesdeutsche Nationalökonomie. Nach der kurzen Phase heftiger Empörung zunächst über das Faktum, dann meist nur noch über die Art und Weise der Währungsunion trat rasch, noch im Sommer 90, die Kritik an der Treuhandanstalt in den Vordergrund. Doch die Kritik an der THA wurde wiederum durch den Hinweis auf die mit der Währungsunion importierten ökonomischen Zwänge relativiert. Die Abwägung der unerfreulichen Wirkungen der Deutschen Mark einerseits, der THA- Aktivitäten andererseits, die einen Schuldigen für die ostdeutsche Misere möglichst eindeutig feststellen sollte, führt ungeachtet ihrer Beliebtheit in die Irre. Nicht allein, daß in der so eröffneten moralische Debatte nur noch die Wahl zwischen verschiedenen Wegen herrschender Politik interessiert, es wird zugleich zielstrebig an der Sache vorbei diskutiert. Die THA war ein Produkt der Währungsunion, nicht nur juristisch, wie am Zustandekommen des TH- Gesetzes vom 17. Juni 90 leicht erkennbar ist, sondern vor allem ökonomisch, aber auch organisatorisch. Währungsunion und TH- Politik bilden keine Alternative, sondern eine Einheit, und diese Einheit wurde in den Wochen nach dem 1. Juli 90, dem Tag der Währungsunion, aus einem, juristisch fixierten, politischen Vorhaben in eine ökonomische Realität umgesetzt.

### **1. Tod und Himmelfahrt der DDR- Mark**

Die Einschätzung, daß es sich bei der Anlehnung an die BRD um ein ökonomisch alternativloses Programm gehandelt habe, deckt sich durchaus mit der Sicht der seinerzeitigen DDR - Führung. Noch vor der Öffnung der Mauer hatte sie ihre verzweifelte Situation vor dem Westen offen gelegt. Die Verschuldung gegenüber

<sup>1</sup> So Wladimir Iljitsch Lenin beiläufig in einem ebenso hellsichtigen, wie überstiegen dialektischen Ausblick auf die "erste Phase des Kommunismus". (Staat und Revolution, Berlin 1969, S. 104).

dem Ausland in konvertierbarer Währung betrug 1989 etwa 13 - 14 Mrd. US-Dollar. Die Planer sahen die Zahlungsunfähigkeit des Landes in wenigen Jahren voraus. Und was dann? Zusammenbruch des Außenhandels, Fehlen lebenswichtiger Importe. Koko-Chef Alexander Schalck-Golodkowski häufte bereits eine Goldreserve für den nationalen Notstand an. Die von Planungschef Schürer, Außenhandelsminister Beil, Schalck-Golodkowski, Finanzminister Höfner und Statistikchef Donda erarbeitete "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" vom 30.10.89 hielt die soziale und ökonomische Lage nur noch unter Nutzung milliardenschwerer Kredithilfen aus dem Westen für beherrschbar.<sup>2</sup> In einem Gespräch mit Rudolf Seiters, dem Chef des Bundeskanzleramtes, und Wolfgang Schäuble trug Schalck-Golodkowski am 6. November die Vorstellungen der DDR über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit vor. Es ging wesentlich um neue Kredite in Höhe von insgesamt 10 bis 15 Mrd. DM.<sup>3</sup> Die Antwort des Bundeskanzlers erfolgte am 8. November: "Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird."<sup>4</sup> Damit war die Konzeption der wendigen SED-Politbürokraten noch vor der Maueröffnung gescheitert.

Denn für den Westen entfiel die Notwendigkeit zur Stützung der DDR-Politbürokratie in dem Moment, da man den ganzen Laden übernehmen konnte. Voraussetzung für weitere Kreditgeschäfte mit dem Westen war - nach dem faktischen Zusammenbruch des Ostblocks im Sommer 89 (SU, Polen, Ungarn) - jene innere Stabilität, die zugleich erst durch dieses Geschäft geschaffen werden sollte. Ein absurder Widerspruch, dessen Auflösung die Bundesregierung und, unter ihrer sachdienlichen Anleitung, die de Maiziere-Regierung übernehmen sollten. Die letzte DDR-Regierung folgte in ihrer Anschlußpolitik jener Generallinie der SED-Politik, die seit den 70er Jahren vor den ungelösten inneren Schwierigkeiten in die ökonomische Zusammenarbeit mit der BRD auswich. Während die SED-Politbürokraten auf diesem Wege ihre Staatsmacht stabilisieren wollten, sie aber tatsächlich geschwächt haben, fielen dann bei der Anschlußkoalition Zweck und Wirkung zusammen. Die Auflösung der sozialen Zusammenhänge in der DDR diente als Argument für die Beschleunigung der Anschlußbemühungen, deren Erfolg wiederum zur weiteren Atomisierung der DDR-Gesellschaft führte. Die schwierige Herstellung einer eigenen Souveränität wurde ersetzt durch den Import einer fertigen Staatsmacht, die den Übergang in

<sup>2</sup> Abgedruckt in: DeutschlandArchiv 10/92, S. 1112ff. Siegfried Wenzels hat die Konsequenzen schlüssig formuliert: "Zwischen den Grundgedanken der Analyse der ökonomischen Lage [vom 30.10.89. - d.A.] und den Hauptlinien der Politik der Regierung Modrow - Kurs auf eine ökonomisch verpflichtete, soziale Marktwirtschaft, Vertragsgemeinschaft DDR- BRD, Deutschland einig Vaterland als Ziel - ergibt sich ein deutlicher innerer Zusammenhang." (Ansichten zur Geschichte der DDR 6, S. 162).

<sup>3</sup> Merkwürdigerweise beziehen sich Ausführungen über dieses Treffen nur auf die Überlieferung der DDR - Seite (Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls, Berlin 1996, S. 107f). Die umfangliche Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes "Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90", München 1998 enthält neben einem Hinweis (S. 55) nur ein Protokoll über die anschließende Besprechung der Staatssekretäre über deutschlandpolitische Fragen am 6. November, in der "Die von der DDR übermittelten Vorschläge und Wünsche" diskutiert wurden (S. 482ff). Vgl. auch den Vermerk Schalck-Golodkowskis vom 7. XI. 1989 (Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2, Berlin 1992, S. 394f).

<sup>4</sup> Siehe "Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90" S. 491.

die Freiheit der Marktwirtschaft erzwingen konnte. Die im Vergleich zu anderen Ländern Osteuropas singuläre Gestalt der Wiedereinführung des Kapitalismus auf dem Gebiet der DDR resultiert aus dieser Besonderheit. Der Privatisierungsprozeß wurde in seiner Form (durch eine zentrale Behörde) und in seinem Inhalt (Erwerb durch die bundesdeutsche Bourgeoisie) wesentlich durch sie geprägt. Kein DDR- deutsches Spezifikum war die Passivität der Arbeiterklasse bei der Wiedereinführung des Kapitalismus, die hier den Hintergrund für die Transformation sozialistischer Leiter zu subalternen Industrieoffizieren und Verwaltungsangestellten bildete.

Die außenwirtschaftlichen Probleme der DDR hatten ihre Basis in den Widersprüchen einer moralischen Ökonomie, in der die *gute Absicht* zum *Ökonomischen Grundgesetz* erklärt worden war.<sup>5</sup> Und die Widersprüche dieser Ökonomie zeigten sich nicht nur in den Bilanzen der Planer, sondern im täglichen Umgang mit dem Geld der DDR: Besonders beliebt war es nicht. Seinen Gebrauchswert maß der gelernte DDR - Bürger am Warenangebot, das ihm für sein Einkommen geboten wurde. Die Schlußfolgerung aus diesem Vergleich konnte bündig formuliert werden: "Ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt, und wir tun so, als ob wir arbeiten." Da man aber trotzdem für vielerlei tägliche und feiertägliche Dinge, für Miete und Heimwerkerbedarf, für Brot, Schnaps und Ferienreisen, Kinderkleidung, Schuhwerk, Fernseher und Verkehrsmittel bezahlen mußte, ist der Nominalsozialismus doch nicht an Arbeitsverweigerung zugrunde gegangen. Keiner konnte auf den Besitz der Mark der DDR verzichten. Was aktuell nicht zu gebrauchen war, sammelten die Bürger auf den Sparkonten an. Die wachsende Differenz zwischen dem Geldeinkommen der Bevölkerung einerseits und dem Einzelhandelsumsatzes andererseits führte zu steigenden Sparguthaben. Aus diesen Sparguthaben vergab dann das Sparkassensystem Kredite an die Staatsbank, die wiederum mit diesen "Mitteln" Kredite an die Volkswirtschaft ausgab. Den Einlagen, vor allem der privaten Haushalte, in Höhe von 182,1 Mrd. Mark standen Forderungen insbesondere der Sparkassen an die Staatsbank gegenüber.<sup>6</sup> Diese Forderungen an die Staatsbank wiederum waren durch die Forderungen der Staatsbank an DDR- Betriebe und das Wohnungswesen "gedeckt". Auch Defizite im Staatshaushalt wurden so ausgeglichen. Aus dieser Politik resultierte die "innere Verschuldung" von DDR- Wirtschaft und Staat gegenüber dem Kreditsystem, letztlich gegenüber den Sparern.

Im alltäglichen Gebrauch alternativlos konnte die DDR - Mark daher wie anderes modernes Geld funktionieren: jeder war gezwungen, der Staatsbank des Landes bei der Benutzung des gesetzlichen Zahlungsmittels Kredit zu geben. Nur die Partei- und Staatsführung sah in der erzwungenen Benutzung ihres Geldes gern einen Vertrauensbeweis der Werktätigen zugunsten der sozialistischen Heimat.

So fristete die DDR - Mark ein betrübliches Leben. Wo immer es Alternativen gab, begegnete sie einer entehrenden Geringschätzung. Im Vergleich zu konvertierbaren Währungen, die Zugang zum Reichtum der westlichen Welt verschafften, schnitt sie schlecht ab. Während die DDR noch die Gleichwertigkeit von Ost- und Westmark propagierte, rechneten die Planungsbehörden Ende der 80er Jahre für eine DM einen Aufwand von 4,4 DDR - Mark ein. Während der

<sup>5</sup> Siehe Sebastian Gerhardt: "Ausgehebelt. Die DDR - Zur Kritik einer moralischen Ökonomie" (Manuskript). Vgl. derselbe, Politbürokratie und Hebelwirtschaft, Berlin 1997. Und: Die Hebelwirtschaft der DDR. In: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hg.) ...das war doch nicht unsere Alternative. Münster 1999.

<sup>6</sup> Per 31. Mai 1990. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1990, S. 16 und 26. Allein die Spareinlagen der Bevölkerung betrugen zum selben Termin 167,9 Mrd. Mark. (Konrad Wetzker (Hg.) Wirtschaftsreport 90, S. 27).

Staat sich mit Devisenkrediten und innerdeutschen Besonderheiten (wie Transit- und Postpauschale, Pflichtumtausch und Zollfreiheit) ökonomischen Spielraum verschaffte, konnten seine Bürger nur im Reisefalle die westdeutsche Anhänglichkeit an das uneinige Vaterland ökonomisch nutzen: 100 DM Begrüßungsgeld waren ihre ganzen "freien Devisen", nachdem die in der DDR offiziell 1:1 ertauschten 15 DM aufgebraucht waren. Auf dem "freien Markt" privater Geldwechsler schwankten die Kurse zwischen 5 : 1 und 8 : 1. Trotz solcher ungünstigen Kurse mußten umfangreiche Kontrollen den "ungesetzlichen Grenzübertritt" des sozialistischen Geldes eindämmen. Die Nachfrage nach Westgeld war ungebrochen, und das Angebot an unbenötigter Ost - Mark auch.

Mit dem Fall der Mauer waren jedoch alle Devisenkontrollbestimmungen Makulatur. Die Umsätze der Wechselstuben stiegen an, der Kurs der DDR- Mark ging in den Keller. Manche zahlten zwischen 10 und 20 Ostmark für eine DM. Die Gelder flossen als aktuelle Nachfrage in die DDR zurück. Erst bundesdeutsche Unterstützung für die Einführung eines Reisedevisenfonds stabilisierte die DDR- Mark Anfang 1990 bei einem Kurs von etwa 3: 1. Daraufhin erreichten die Geschäfte der Geldwechsler von Februar bis Mai 1990 ungeahnte Ausmaße. Über 70 Millionen DDR- Mark wurden monatlich umgesetzt. Jede Erschütterung der gesellschaftlichen Psyche trug nicht nur mehr Bürger, sondern auch mehr Geld in den Westen. Ironischer Weise brachte das Ende des Landes aber der Währung den lange entbehrten Ritterschlag: Einmal in ihrem Leben war die DDR - Mark konvertibel. Sie hat diese Himmelfahrt zu den Sternen des echten Geldes nur nicht überlebt.

## 2. Konzept und Vorbereitung der Währungsunion

Bereits im November '89 kam es im Direktorium der Bundesbank zu einer ersten Debatte über eine mögliche Währungsunion. Am 22. November 1989 legte Claus Köhler, Direktoriumsmitglied der Bundesbank, dem Zentralbankrat auf dessen erster Sitzung nach der Maueröffnung einen Plan über die schrittweise Ersetzung der DDR- Mark durch die D- Mark vor, der allerdings auf ablehnende Kritik stieß.<sup>7</sup> Auch im "Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium" wurde bereits am 18. November die "Übernahme der D - Mark" als notwendige Voraussetzung einer marktwirtschaftlichen Rekonstruktion auf dem Gebiet der DDR diskutiert.<sup>8</sup> Die wirtschaftliche Krise und die unausweichlichen sozialen Konflikte im Übergang zur Marktwirtschaft könnten nur "unter einem gemeinsamen staatlichen Dach" beherrscht werden. Insbesondere die Abwanderung von Arbeitskräften aufgrund des erheblichen Lohngefälles zwischen Ost und West sahen die Experten als unlösbares Problem der DDR. Die DDR brauchte umfangreiche westliche Mittel zum Umbau der Wirtschaft, die westlichen Investoren aber verlangten Rechtssicherheit und Gewinnchancen. Die prinzipielle Lösung für diese Probleme hatten die westdeutschen Anschlußplaner schon in den 50er Jahren gefunden: eine Einführung der bundesdeutschen Geld- und Marktverfassung durch eine handlungsfähige gesamtdeutsche Regierung.<sup>9</sup> Der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble formulierte bereits am 13.

<sup>7</sup> David Marsh, Die Bundesbank, München 1992, S. 273. Köhler galt als Keynesianer und war im Direktorium für den Geld- und Kapitalmarkt zuständig.

<sup>8</sup> Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Stuttgart 1998, S. 151f.

<sup>9</sup> Karl Heinz Roth, Wirtschaftsplanung als Anschlußplanung. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (1952- 1993), In: Ludwig Elm u.a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bonn/Berlin 1998, S. 319ff, Vgl. S. 326 und S. 330ff sowie die Dokumente S. 442ff.

Dezember 1989 auf einer Besprechung im Bundeskanzleramt den Vorschlag einer Währungsunion, der allerdings auf noch überwiegende Bedenklichkeit stieß.<sup>10</sup>

Konkrete Planungen über mögliche und wünschenswerte Wege der Neuregelung der deutsch - deutschen Währungsbeziehungen unternahm das Bundesfinanzministerium seit Mitte Dezember '89. Zuständig waren hier, nach dem Wechsel von Hans Tietmeyer<sup>11</sup> ins Direktorium der Bundesbank, der Referatsleiter "Nationale Währungsfragen" Thilo Sarrazin<sup>12</sup>, der neue Leiter der Abteilung "Geld und Kredit" Gert Haller sowie der soeben auf den Posten Tietmeyers aufsteigende neue Staatssekretär Horst Köhler.<sup>13</sup> Den Ausgangspunkt bildete zunächst die deutsch- deutsche Kooperation für den am 5. Dezember '89 vereinbarten Reisedevisenfonds.<sup>14</sup> Expertentreffen während Kohls DDR- Besuch bestärkten die Bonner Beamten in ihrer Überzeugung, daß die Entwicklung von der DDR nicht mehr zu kontrollieren war.<sup>15</sup> Zum 15. Januar 1990 formulierten sie "Zehn Punkte auf dem Weg zu einer deutsch - deutschen Währungsunion".<sup>16</sup> Während darin die Währungsunion noch als zwar baldiger, doch letzter Reformschritt auf dem Wege "zur Einheit Deutschlands"<sup>17</sup> bezeichnet wurde, führten die internen Diskussionen bald zu einer weit radikaleren Vorstellung: der stichtagsbezogenen Einführung der DM.<sup>18</sup> Auf einer Klausurtagung des Ministeriums am 30. Januar standen die Eckpunkte des Konzeptes fest: Statt eines mittelfristigen, schrittweisen Prozesses die baldige und schlagartige Einführung der D- Mark in der DDR, gleichzeitige Herstellung der rechtlichen Voraussetzungen marktwirtschaftlicher Beziehungen, Aufgabe der (wirtschafts)politischen Eigenständigkeit der DDR und ein Staatsvertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion als "ein erster Schritt zur Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes".<sup>19</sup> So sollte verhindert werden, daß die DDR die DM bekommen, aber vielleicht ein wenig Planwirtschaft behalten könne.<sup>20</sup> Seine Position veröffentlichte das Bonner Finanzministerium am 2. Februar. Am 6. Februar erhob der Bundeskanzler das "Angebot der DM" zur offiziellen Regierungspolitik.<sup>21</sup> "Die Währungsunion" war dann das ganze Wahlprogramm der "Allianz für Deutschland", die Helmut Kohl am Tag zuvor aus der Taufe gehoben hatte. Am 8. Februar legte das Finanzministerium ein ausbalanciertes Gerüst für vertragliche Regelungen mit der DDR vor.<sup>22</sup> Die

10 Wolfgang Schäuble, Der Vertrag, Stuttgart 1991, S 21.

11 Mitglied der CDU und 1982 Autor des Wendepapiers des seinerzeitigen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff. In der Bundesbank zunächst verantwortlich für das Dezernat internationale Währungsfragen in Nachfolge des im September 89 ausgeschiedenen Leonhard Gleske.

12 Heute - im Oktober 03 - Finanzsenator der SPD-PDS-Koalition in Berlin. Zu seinen Konzepten vgl. junge Welt, 29.04.2002, Seite 6 und die laufende Berichterstattung in der Zeitung "berlin von unten" (www.berlinvonunten.net).

13 Theo Waigel/Manfred Schell (Hg.), Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. München 1994, Beitrag Thilo Sarrazin, S. 160. Horst Köhler ist seit dem 1. Mai 2000 Direktor des IWF.

14 ebenda, Beitrag Sarrazin, S. 166. Beitrag Köhler, S.118.

15 ebenda, Beitrag Sarrazin, S. 169ff.

16 ebenda, S. 176ff.

17 ebenda, S. 176.

18 ebenda, S. 182ff.

19 ebenda, Beitrag Schmidt- Bleibtreu, S. 228.

20 ebenda, Beitrag Sarrazin, S. 191f.

21 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90, S. 749ff, S. 761, S. 766ff.

22 Abgedruckt in Waigel/ Schell, Beitrag Köhler, S. 121ff. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit 1989/90, S. 782f.

Modrow- Regierung hatte dem nichts mehr entgegen zu setzen.<sup>23</sup>

Auch in der BRD war ein radikaler Kurs auf eine Währungsunion nicht unumstritten. Noch am 20. Januar hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine mittelfristig orientierte Konzeption zur Umgestaltung der DDR- Ökonomie vorgelegt. Auch in der Bundesbank besaßen die Anhänger eines baldigen Anschlusses keine Mehrheit.<sup>24</sup> Da sie jedoch das Ziel der Anschlußpolitik durchaus teilten, konnten sie sich weder dem Verlangen nach Nutzung der günstigen Gelegenheit noch der Drohung mit den nicht minder unabsehbaren Folgen einer fortgesetzten Selbständigkeit des zweiten deutschen Staates entziehen. Als daher die Modrow-Regierung am 13. Februar, inzwischen verstärkt um die Frühstücksmister aus den ehemaligen Oppositionsgruppen, in Bonn eintraf, waren die Würfel gefallen. Die innere Evolution ihrer Position, das Abrücken von der vorsichtigen Marktwirtschaftsformel der Modrowschen Regierungserklärung hin zum "Bekenntnis zur sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft"<sup>25</sup> interessierte nicht mehr. Ebenso wenig wie die Bemühungen der "Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform", die unter Wolfram Krause seit November über die Umstellung auf "das Gleis der Marktwirtschaft" debattiert hatte.<sup>26</sup> Die Bemühungen um eine eigenständige Verwertung der DDR waren nicht von Erfolg gekrönt. Die Kontrolle der Opfer des Übergangs wie der Streit um die Beute erforderten eine tatsächlich handlungsfähige Staatsmacht. In Bonn ging es Mitte Februar nicht mehr um die Bedingungen einer Alimentierung der DDR, sondern um die politische Vorbereitung von Währungsunion und Anschluß. Zwar dachte die Bundesregierung nicht daran, die entscheidenden Verhandlungen mit der Modrow- Regierung zu führen, es sollte aber auch keine Zeit verloren gehen. Die Arbeit einer deutsch - deutschen "Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft" verhalf den beteiligten Seiten zu ersten Erfahrungen in der Kooperation zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes.<sup>27</sup>

Im Zusammenhang mit der Arbeit der Expertenkommission erfolgten vielfältige Untersuchungen über die voraussichtliche Konkurrenzsituation der DDR- Firmen nach Beitritt zum Geltungsbereich der DM. Ihre Ergebnisse fielen eindeutig aus.<sup>28</sup>

23 Siehe Dieter Grosser, *Das Wagnis ...*, S. 198ff.

24 Zum Ablauf der Ereignisse um die Verkündung der WWU aus Sicht der Bundesbank vgl. D. Marsh, *Die Bundesbank*, München 1992, S. 275ff.

25 Christa Luft, *Zwischen Wende und Ende*, Berlin 1991, S.11. Allerdings steckt in der Einschätzung, die Wende- Regierung Modrow habe mit diesem Bekenntnis die "neue Wirtschaftsordnung in der DDR- Öffentlichkeit, vor den Augen und Ohren breiter Bevölkerungskreise erst 'hoffähig' gemacht" (ebenda), ein gut Teil Selbstüberschätzung. Auch manch anderer hatte Anteil am gerühmten Resultat.

26 Vom 4. bis 11. Januar hatte eine Klausurtagung mit etwa 200 Teilnehmer das Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform komplettiert, das dann nach Absprachen mit der AG Wirtschaft des Runden Tisch in der ersten Nummer der wieder erstandenen Wochenzeitung "Die Wirtschaft" erschien. Marc Kemmler, *Die Entstehung der Treuhandanstalt*, Frankfurt/M. usw. 1994, S.59ff; B. Breuel (Hg.): *Treuhand Intern*, Berlin 1993, S. 27f.

27 Zur Tätigkeit der Expertenkommission siehe Dieter Grosser, *Das Wagnis ...*, S. 209ff. Leiter der DDR- Delegation war Walter Romberg, Leiter der bundesdeutschen Seite war Horst Köhler, vgl. seinen Beitrag in: Waigel/Schell, *Beitrag Köhler*, S. 128ff. Siehe auch ebenda, Beitrag Thilo Sarrazin, S. 194ff.

28 Z.B. lag am 27.2.90 eine Untersuchung über Preisparitäten für industrielle Erzeugnisse vor (Ministerium für Finanzen und Preise, Mädler, verwendet in: R. Kowalski e.a., *Die*

Die Betriebe verfügten nur über geringe Reserven. Angesichts des unsicheren Absatzes unter neuen Bedingungen war eine vollständige Finanzierung auch nur des Lohnfonds aus laufenden Einkünften nicht zu erwarten. Die Währungsunion würde das Volkseigentum der DDR zum Konkurs zwingen. Angesichts dieser Perspektive erwiesen sich Modrow- Regierung und Runder Tisch als würdige Erbfolger der Politbürokratie. Die Rettung aus der drohenden Katastrophe suchten sie in einer juristischen Deklaration. Die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform verwandelte die verschiedenen Vorschläge zur Bildung einer Treuhandanstalt (THA) in das Statut einer Behörde, das noch von dieser Regierung und dem Runden Tisch abgesegnet wurde.<sup>29</sup> Die professionellen Aktivisten einer Umgestaltung der DDR- Ökonomie in eine Marktwirtschaft gelangten so in den Kreis der Gründer jener Anstalt, die ihr vormaliges Lebenswerk abwickeln sollte.<sup>30</sup> Wenn sie dabei auch vieles neu lernen mußten, eine Voraussetzung brachten sie mit: Weniges war diesen Leuten selbstverständlicher, als daß Wirtschaftsleitung eine Sache für Experten ist, die nicht von tumbem Volk gestört werden dürfen.

### 3. Die Umstellung des DDR-Kreditwesens

Waren die ungenügenden Reichtümer des zweiten deutschen Staates eine Ursache seines Untergangs gewesen, so bildeten die absehbaren Unkosten der Einführung der Marktwirtschaft ein wesentliches Argument für den Sieg der Anschlußkoalition am 18. März 1990. Wie aus den dunklen Aussichten für die DDR- Betriebe deutlich wurde, bedurften diese einiger Hilfestellungen, um den Erfolg des Projektes nicht zu gefährden. Geld, das man nicht hat, muß man sich leihen. Das Banksystem der DDR hatte jedoch keinerlei Quellen oder Reserven, um den neuen Bedürfnissen des Staates und den Kosten einer Kapitalisierung der Wirtschaft zu genügen. Es war komplett in der Finanzierung von Wirtschaft, Wohnungswesen und Staatshauhalt engagiert. Seine Aktiva waren daher von zweifelhafter Qualität - während zugleich die Verpflichtungen der Banken, v.a. die Einlagen der Sparer, zu den politisch sensibelsten Momenten des ganzen Prozesses zählten.<sup>31</sup>

Die finanziellen Mittel zur Umgestaltung der DDR konnten daher nur aus dem Ausland kommen. Und dabei konnte niemand der BRD, die ja schon seit 1983 eine besondere Fürsorge für die Zahlungsfähigkeit des zweiten deutschen Staates gezeigt hatte, ihre führende Rolle streitig machen. Deren vermögende Bürger mißtrauten allerdings der Kompetenz ihres Staates, eine Marktwirtschaft einzuführen. Es ging ja schließlich um ihr Geld, über dessen effektive, d.h. letztlich profitable Verwendung sie selbst entscheiden wollten. Da kurzfristig die staatlichen Vorhaben allein durch Kreditaufnahme am Leihkapitalmarkt realisierbar waren, wurde der Rat der Banker erwartet und erhört. Die Spezialisten für kapitalistisches Geldwesen machten sich auf den Weg ins kleine

---

marktwirtschaftliche Integration der DDR, Studie des IPW, April 1990).

29 Marc *Kemmler*, Die Entstehung der Treuhandanstalt, Frankfurt/M. usw. 1994, gibt im Anhang die wichtigen Dokumente wieder, S. 371ff.

30 Marc *Kemmler*, Die Entstehung der Treuhandanstalt, Frankfurt/M. usw. 1994; S. 69ff

31 Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der Mittel des Bankensystems der DDR gibt die konsolidierte Bilanz des DDR- Bankensystems zum 31.05.1990. (In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1990, S. 16, 18, 24 - 26). Zur Frage der Aktiva der DDR- Banken vgl. auch den Beitrag von H. Reichert, Finanzmarkt, in: DDR- Perspektiven, eine Koproduktion der FAZ- Informationsdienste und der Dresdener Bank. Frühjahr 1990, sowie die Bemerkungen von Horst Köhler, Gert Haller und Thilo Sarrazin in Waigel/ Schell, S. 127, S. 153 und 202.

Nachbarland, wo sie von den Wirtschaftsleitern durchaus freundlich begrüßt wurden. So entsandte die Deutsche Bank gleich nach dem Mauerfall Erkundungsteams in die DDR.<sup>32</sup> Anfang 1990 nahm sie Kontakt mit dem Vizepräsidenten der Staatsbank Edgar Most auf.<sup>33</sup> Dabei wurde bereits die notwendige Zweistufigkeit eines reformierten DDR- Bankenwesens besprochen (Notenbank/ Kreditbanken) und zugleich eine Beteiligung der Deutschen Bank an der, aus der Staatsbank auszugründenden Kreditbank ausgeschlossen. Das Wissen um die marktwirtschaftlich zweifelhafte Qualität der Schuldner der Staatsbank hielt von einem solchen Schritt ab. Statt dessen faßte man die Bildung eines joint venture mit dem Nachfolger der Staatsbank ins Auge. Die Vorbereitungen waren schon vor der Wahl vom 18. März weit fortgeschritten. Am 18./21.3.90 schlossen Staatsbank und Deutsche Bank einen Rahmenvertrag über das zukünftige gemeinsame Vorgehen. Im März kamen bereits 100 Mitarbeiter der Staatsbank zum "training on the job" in die Deutsche Bank.<sup>34</sup>

Ein einsichtiges Wahlvolk hatte am 18. März mit der "Allianz für Deutschland" die bedingungslosen Anhänger der Währungsunion zur führenden Kraft der Anschlußkoalition bestimmt. Die geschlagenen Sozialdemokraten brauchten ein wenig Besinnung, ehe sie sich zum Juniorpartner bequemten. Aber als am 24. März die Realisierung der Währungsunion zum 1. Juli in Aussicht gestellt wurde, führte der heilsame Druck die junge Partei zu alten Tugenden zurück.<sup>35</sup> Noch vor Abschluß der Koalitionsvereinbarung wurde unter der Federführung des Bundesfinanzministeriums ein vertraulicher Entwurf des Staatsvertrages über die Währungsunion erstellt.<sup>36</sup> Dieses Papier ("Unterwerfungsvertrag" oder "Kapitulationsurkunde" genannt), enthielt mit den Leitlinien der neuen Wirtschafts- und Sozialordnung de facto die neue Verfassung der DDR. Es kursierte ab dem 4. April.<sup>37</sup> Seiner ästhetischen Vervollkommnung konnte die SPD in ihrer neuen Rolle viel Energie widmen.

Die politische Brisanz der Verhandlungen zeigte sich insbesondere an den existenziellen Fragen der "Umrubelung" der privaten Einkommen und Vermögen. Flußgrößen in DDR-Mark wie Löhne und Mieten oder Bestandsgrößen wie Sparkonten mußten nach einheitlichen, gesetzlich zu regelnden Sätzen in DM-

32 Im November 1989, vgl. Spiegel vom 27.11.89. Hans E. *Büschgen*; Die Deutsche Bank von 1957 bis in die Gegenwart. Aufstieg zum internationalen Finanzdienstleistungskonzern, in *Die Deutsche Bank 1870- 1995*, S. 805ff.

33 ebenda. Most wurde Anfang 1991 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Berlin.

34 *Büschgen*, S. 806.

35 Zur Terminierung auf den 1. Juli vgl. Welt am Sonntag, 25. März 1990, unter Berufung auf Regierungskreise. Zur Haltung der SPD vgl. die Ausführungen von Richard Schröder, dem Fraktionsvorsitzende der SPD in der Volkskammer, R. Schröder, zur Koalitionsvereinbarung auf dem Hallenser Parteitag: "Der zweite Vorwurf lautet, Warum habt ihr auf das Innenministerium verzichtet? Manche haben in diesem Zusammenhang haltlose Verdächtigungen gegen Markus Meckel erhoben. Ich weise sie aus meiner Kenntnis der Sachlage entschieden zurück. Die Sache war so: wir haben in der Vorverständigung der Neunergruppe entschieden, das Innenministerium nicht vorrangig anzustreben, und zwar aus einer geschichtlichen Erinnerung: Noske. Wir wollten nicht das Oberkommando über die Polizei haben, wenn es in diesem Land zu sozialen Unruhen kommen sollte. Andererseits ist uns das Innenministerium in den Verhandlungen selbst nie angeboten worden. So war es und nicht anders. Wohl aber ist uns ein Staatssekretär angeboten worden. Wir sind jetzt beim dritten Versuch, diesen Posten zu besetzen und hoffen, in der nächsten Woche endlich zum Erfolg zu kommen. Denn wir wollen uns auch an dieser Stelle nicht vor der Verantwortung drücken." (Vau Ell. Infoblatt Nr. 3, Berlin, 22.06.1990).

36 Beitrag Sarrazin, in: Waigel/Schell, S. 200f und Beitrag Schmidt-Bleibtreu, ebenda, S. 231f.

37 *Kemmler*, S. 145.

Beträge umgewandelt werden. Die Gestaltung dieser Umtauschsätze war zentral: Eine pauschale Halbierung der Löhne und Gehälter nach der Währungsunion hätte für die Bevölkerung ein Einkommensniveau auf dem westlichen Sozialhilfesatz festgeschrieben. Die anfänglichen Pläne der Bundesbank sahen daher neben einer Halbierung der DDR- Einkommen durchaus einen Teuerungsausgleich von 25% vor, womit ein neues Durchschnittseinkommen von ca. 1000 DM erreichbar sein sollte. Die Sparguthaben sollten nur bis zu einer Höhe von 2000 Mark im Kurs 1:1 umgetauscht werden. Als am 31. März durch eine Meldung im Berliner "Tagesspiegel" diese Pläne der Bundesbank bekannt wurden, entstand in der DDR ein Sturm der Empörung, der beunruhigte Anschlußwähler und Bürgerbewegte, ehemalige und verbliebene SED- Genossen vereinte. Der FDGB versuchte, eine letzte Chance zu ergreifen, und rief für den 5. April zu landesweiten Protesten auf. Für den Fall einer Ablehnung der Forderung 1:1 wurde vollmundig mit Kampfmaßnahmen gedroht.<sup>38</sup> Währenddessen trafen sich am 2. April halbkonspirativ hohe Beamte der Bundesbank und der Staatsbank der DDR bei Weimar, um die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion zu besprechen.<sup>39</sup> Am 5. April demonstrierten in der ganzen DDR mehrere hunderttausend Menschen. In einem Punkt zeigten sich die Regierenden beeindruckt von den Protesten: Ohne eine Garantie der Einkommenszahlungen und einen Umtausch von Sparguthaben 1:1 erschien die Währungsunion nicht durchsetzbar. Da die eigenen Erträge der DDR- Wirtschaft dazu nicht taugen würden, sollte wenigstens das Finanzwesen so eingerichtet werden, daß Kredite und Beihilfen zweckmäßig verteilt werden könnten.

Eine erste, zunächst formale Anpassung des DDR- Kreditsystems erfolgte zum 1. April 90 mit der Aufteilung der Staatsbank der DDR in die Staatsbank Berlin und die Deutsche Kreditbank AG (DKB).<sup>40</sup> Die Teilung der Staatsbank zielte einerseits auf die Beseitigung jener Kommandohöhen der Wirtschaft, die eine Modifikation der Konkurrenzzwänge (die Reproduktion weicher Budgetrestriktionen) ermöglicht hätten. Zum anderen war sie eine Voraussetzung für die Beteiligung privaten Kapitals an der Finanzierung der Währungsunion. Während die Staatsbank Berlin als Notenbank fungieren sollte, übernahm die DKB das Kreditgeschäft der ehemaligen Staatsbank. Nach der Aufteilung der Staatsbank in einen Noten- und einen Geschäftsbankanteil war die Verschuldung der Staatsbank Berlin an die Sparkassen durch Forderungen der Staatsbank an die Kreditbank AG gedeckt. Die DKB wiederum hielt die Rechte an den Schulden der Betriebe (231,7. Mark)<sup>41</sup> und des Wohnungsbaus (102,6 Mrd. Mark) - die sogenannten Altschulden. Diesen Forderungen der Kreditbank standen nur etwa 57 Mrd. Mark Einlagen der Betriebe (davon etwa 2/3 bei der DKB, der Rest bei den anderen Banken) und ansonsten lediglich die Grund - und Umlaufmittel der Betriebe ("Sachkapital") gegenüber.

38 Tribüne vom 02.04.90. Zum weiteren Ablauf vgl. die Dokumentation des FDGB "'Gewerkschaften im Aufbruch' Dokumentation 05. April 1990. Massenproteste im ganzen Land gegen vorprogrammierten Sozialabbau - für klare Konzeption der Regierung für eine Sozialunion". Berlin 1990.

39 D. Marsh, Die Bundesbank, München 1992, S. 286.

40 Diese Teilung wurde bereits am 8.3.90 beschlossen (so Wirtschaftsminister Pohl am 15.6. in der Volkskammer).

41 Resultierend aus den Krediten an die Betriebe, die am 3.12.89 noch 260,4 Mrd. DDR- Mark, am 31.5.90 noch 231,7 Mrd. DDR- Mark betragen (Wirtschaftsreport 90, S. 28), halbiert in der Währungsunion ergab dies dann etwa 115 Mrd. DM.

Wären sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten 1:1 umgetauscht worden, hätten die DDR- Betriebe vom Tag der Umstellung an für gewaltige Schulden gerade stehen müssen, deren Bedienung zugleich die einzige Deckung für die Geldvermögen der Privaten darstellte. Wären andererseits die Altschulden komplett gestrichen worden, hätten auch die Sparguthaben der Bevölkerung - weil ohne Deckung - gestrichen werden müssen. Um nun die Schuldenlast der Betriebe zumindest zu verringern, sollten die Verbindlichkeiten der Betriebe und Einrichtungen mit einem Umtausch 2: 1 auf die Hälfte verringert werden. Gleichzeitig wurde nur ein Teil der Sparguthaben 1:1 umgestellt. Die Aktiva der Banken verminderten sich also stärker als ihre Verpflichtungen, die dabei entstehende Differenz von etwa 25 Mrd. DM begründete eine Ausgleichsforderung an den Staat.<sup>42</sup>

Die aus der Umstellung resultierenden Verhältnisse faßte das DIW im Rahmen der Debatte um die Altschulden auf instruktive Weise zusammen.<sup>43</sup> Dabei beziffert der Autor auch das Sachkapital der Betriebe als eine rein rechnerisch bestimmte Größe, die gerade in der Höhe angesetzt wurde, die nötig war, um hier Soll und Haben gegeneinander auszugleichen.<sup>44</sup> - An dieser Stelle sei ein Vorgriff gestattet: Interessant ist diese Aufrechung auch für die Beurteilung der 1992 vorgelegten DM- Eröffnungsbilanz der THA. Im Gegensatz zu damaligen Schätzungen des DDR- Volksvermögens liegt die - rechnerisch bestimmte - Angabe über das Sachkapital der DDR- Betriebe, das als Gegenwert der Kredite auftreten muß (85 Mrd. DM) exakt in der Größenordnung der später ausgerechneten 81 Mrd. DM Anteilsbesitz der THA.<sup>45</sup> Im Gegensatz zu den damaligen Schätzungen handelte es sich bei den 85 Mrd. DM um eine Größe, die aus finanztechnischen Gründen nicht ohne weiteres unterschritten werden konnte. - Eine sachliche Darstellung dieser Zusammenhänge wird man in Publikationen leider selten finden. Eine frühe Ausnahme von dieser Regel sind die Formulierungen bei Jan Prieue und Rudolf Hickel, die das Wissen der Autoren zumindest andeuten.<sup>46</sup> Im Umkreis der PDS kann nicht einmal von einer Kenntnisnahme der tatsächlichen Situation die Rede sein. Nach der Veröffentlichung der Treuhand- Eröffnungsbilanz, im Herbst 1992, als also alle Messen gesungen waren, machte man dieses Thema zum Gegenstand einer Erbediskussion, in der die fünfte Grundrechenart fröhliche Urständ feierte.<sup>47</sup> Die

42 Zur Umstellung siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1990, S. 15ff. vgl. Thilo Sarrazin in Waigel/Schell, S. 182ff und 202f. und Jan Prieue/ Rudolf Hickel, Der Preis der Einheit, Frankfurt a.M. 1991, S. 92ff.

43 R. Pohl, Altschulden der DDR- Betriebe. Streichung unumgänglich. In: DIW - Wochenberichte 36/90.

44 Wobei die Rechnung des DIW freundlicherweise beim Staat 120 Mrd. DM Volksvermögen in die Rechnung einstellt, die, zuzüglich der Ausgleichsforderungen von 25 Mrd. DM aus der differenzierten Umstellung der Sparguthaben, auf Seiten der Betriebe ein zusätzliches Äquivalent in Höhe von 145 Mrd. DM erfordern, die über den Anteilsbesitz der THA in Händen des Staates sein sollen. Die Zahl von 120 Mrd. ist allerdings willkürlich und kann aus der Rechnung auch herausgenommen werden.

45 Die 85 Mrd. DM ergeben sich aus den Altschulden in Höhe von 115 Mrd. DM abzüglich der Guthaben der Betriebe in Höhe von 30 Mrd. DM.

46 Jan Prieue/Rudolf Hickel, Der Preis der Einheit, Frankfurt/M. 1991, S. 92ff.

47 Vgl. die Beiträge in der Zeitung Neues Deutschland, Oktober/November 92. "Die fünfte Grundrechenart besteht darin, daß zuerst der Schlußstrich gezogen und das erforderliche und gewünschte Ergebnis darunter geschrieben wird. Das gibt dann einen festen Halt für die waghalsigen Operationen, die anschließend und über dem Schlußstrich erfolgen." (Christoph Hein, Als Kind habe ich Stalin gesehen, Berlin/Weimar 1990, S. 145).

Unhaltbarkeit der dabei aufgestellten Behauptungen resultierte wesentlich aus der viel zu geringen Materialbasis der "Untersuchungen", die sich im wesentlichen auf eine Uminterpretation einiger Treuhandangaben beschränkten.<sup>48</sup>

Von buchhalterischer Pedanterie war man 1990 jedoch weit entfernt. Zwischen 500 Mrd. bis 1,5 Bill. DM galt jede Schätzung des DDR - Volksvermögens als seriös.<sup>49</sup> Im Zahlenkampf um das DDR- Erbe wird noch heute verschiedentlich auf diese Äußerungen zurückgegriffen.<sup>50</sup> Über solch positiven DDR- Bilanzen wird jedoch die damalige Funktion solcher Behauptungen übersehen: der allgemeinen Bedenklichkeit vor der Währungsunion konnte mit dem Hinweis auf das doch reichlich vorhandene "Kapital" trefflich begegnet werden: wer so viel besitzt, bräuchte keine Sorge vor gesunder Konkurrenz zu haben.

#### 4. Die Treuhandanstalt und die Banken

Weniger überzeugt von ihren Chancen zeigten sich Betriebsleiter und Ökonomen. Rasch wurde noch Ballast abgeworfen vor dem Start in die Freiheit. Die zu hohen Kosten suchte man durch Entlassungen, auch neben dem Arbeitsgesetzbuch, zu minimieren. Verbindungen zu vermutlich erfolglosen Betriebsteilen und/oder Zentralen wurden gekappt. Man hatte - nicht nur hier - das Schicksal der Schokoladenfirma Elbflorenz vor Augen, die schon im April aufgeben mußte.<sup>51</sup> Schon bei dem scheinbar rein formalen Schritt der Umbildung der Betriebe in Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GmbH, AG) ging es tatsächlich um die

48 Dabei avancierten die Zahlen von E. Faude (Ist die "Erblast DDR" schuld an der Wirtschaftsmisere im Einigungsprozeß?, Berlin 1993, S. 13ff) zum Erkennungszeichen der Rechtgläubigen und wurden unbesehen wiederholt. (z.B. C. Luft; Die nächste Wende kommt bestimmt, S. 137f) - wengleich hier zumindest aus dem Munde eines Treuhandvorstands die Funktion der "Altschulden" richtig zitiert wird (S. 139f). Noch kläglicher ist der Beitrag in der Denkschrift "Blickpunkt Treuhandanstalt" der PDS- Bundestagsgruppe. (Berlin -Bonn 1994, S. 50 ff). E. Faude kommt in einigen Positionen zu Angaben, die deutlich von der sonstigen Literatur abweichen.(v.a. in den Punkten *Verschuldung der VE- Betriebe* (nur 39,9 Mrd. DM zuzüglich 7,8 Mrd. in der Landwirtschaft) und *Schulden infolge des Währungsumtausches* 37 Mrd. DM gegenüber 25 bzw. 26 Mrd beim DIW.) Die Abweichungen bei Faude ergeben sich daraus, daß er sich auf die Angaben der DM- Eröffnungsbilanz bezieht, wo unter B.I.1. der Posten übernommene Altkredite mit 38,5 Mrd. DM (zusammen mit übrige Kredite 39,9 Mrd.) zu Buche steht. Dies sind aber allein die bis Okt. 92 von der THA im Zuge der Sanierung tatsächlich übernommenen Kredite, die restlichen Altkredite standen z.T. noch in den Büchern der Betriebe und schlugen sich in der Position A.I.2. für Sanierung und Privatisierung nieder. Nach Angaben der THA (Pietras, 9.6.93) plante sie zu diesem Zeitpunkt, bis 1994 voraussichtlich 80 Mrd. durch Treuhand zu übernehmen, 15/16 Mrd. entfielen auf Wertberichtigungen bei der DKB, etwa 4/5 Mrd. sollten von Investoren übernommen werden.

49 *Das Unmögliche*, S. 33.

50 Was die dabei veranschlagten bedeutenden "Werte" des DDR- deutschen Grund und Bodens anbelangt, so täten die Verteidiger des Sozialismus wohl daran, sich nochmals im Marxschen "Kapital" über den Preis des Bodens kundig zu machen: er ist ein "irrationaler Ausdruck".

51 Während die Produktion im Winter 89/90 aufgrund zusätzlicher Störungen im Reproduktionsablauf (fehlende Arbeitskräfte) zunächst bis zum Tiefpunkt im Januar 90 zurückgeht, wird sie in den Monaten Februar, März, April auf etwas höherem Niveau stabilisiert. (1985=100%, O/89 ca. 112%, Jan. 104, F/M/A =108/09%). Das Fehlen eines Planes für 1990 hatte zunächst keine gravierenden Wirkungen auf das Verhalten der Betriebe, auch sonst waren schon mal Pläne erst später fertig geworden, die zwischenbetrieblichen Beziehungen und die Verbindungen in die Behörden konnten das Fehlen des Planes zunächst kompensieren. Tatsächlich versuchte man im Januar und Februar 90 noch, einen Plan für das Jahr zu erstellen. Im Mai beginnt der Absturz auf 102%, Juni 97%, Juli 61% von 1985). Diese Entwicklung verläuft zwar in den einzelnen Zweigen unterschiedlich, aber der heftige Rückgang im Produktionsvolumen im Mai/Juni ist allgemein. (Zum Grundstück Elbflorenz siehe *Kemmler*, S. 379, 396ff).

Voraussetzungen der Konkurrenz, um die Vorbereitung des harten gegenseitigen Ausschlusses von den Mitteln der Reproduktion, vergleichbar nur der Umwandlung vorbürgerlichen Gemeineigentums in Privateigentum unter dem Zugriff der bürgerlichen Staatsgewalt.<sup>52</sup> Zurecht stand damals die Herstellung einer Schlußbilanz mit einer Aufstellung des vorhandenen Vermögens im Zentrum der Umwandlungsbestrebungen.<sup>53</sup>

Die Begleitung der Umwandlung in private Rechtsformen war die erste Amtshandlung der nur wenige hundert Mitarbeiter zählenden THA unter Leitung von Peter Moreth. Sie bildete den unmittelbaren Übergang zu ihrer weiteren Tätigkeit.<sup>54</sup> Damit verbunden war die Herstellung neuer zentraler Eingriffsmöglichkeiten. Die Anstalt konzipierte eine erste Organisationsstruktur, die jedoch nur teilweise ausgefüllt wurde. Wichtige Funktionen blieben unbesetzt. So wurden zwei der fünf Direktoriumsbereiche (Finanzen, Recht) nur kommissarisch geleitet. Unweigerlich erhöhte sich damit die Bedeutung der vollbesetzten Positionen, des stellvertretenden Vorsitzenden des Direktoriums, Wolfram Krause, und des Direktors für Wirtschaft, Paul Liehmann. Das Direktorat Wirtschaft besaß ohnehin das größte Gewicht.<sup>55</sup> Gestützt auf dieses Direktorat gab es erste Versuche einer Kontrolle der Betriebsführung.<sup>56</sup> Die THA begann mit der Erfassung des Unternehmensbestandes, die erst Mitte 91 abgeschlossen war.<sup>57</sup> Immerhin handelte es sich um 8000 Betriebe, ca. 4 Millionen Beschäftigte (= 46% der gesamten berufstätigen Bevölkerung). Hinzu kamen die Aufsicht über Einzelhandel, Kaufhäuser, die VEG, etwa 1,5 Mill. ha LNF, Teile des Staatseigentums, der Außenhandel usw.. Besonders aktiv war die Anstalt zudem in der Frage der Reprivatisierung, viele 1972 verstaatlichte Betriebe gingen noch 1990 an ehemalige Eigentümer zurück.<sup>58</sup>

Am 10. April 90 teilte der Direktor für Wirtschaft der THA dem Vorsitzenden des Direktoriums der THA in einem internen Vermerk mit, daß die Dresdener Bank nach vorherigen Gesprächen ein Beratungsangebot für die THA vorgelegt habe. Für die Bereiche Strategie/ Planung, technologische Fragen, organisatorische Entwicklung, Unternehmensstruktur und Finanz- und Rechnungswesen sollten Berater der Bank in der THA tätig werden und Vorschläge erarbeiten.<sup>59</sup> Die Dresdener Bank wollte ihren Beitrag zur Finanzierung des Anschlusses durch eine direkte Kooperation mit der THA realisieren. Ihre Kollegen von der Deutschen Bank hatten einen anderen Weg gewählt und machten am 17. April in einer gemeinsamen Absichtserklärung von Deutscher Bank und DKB das Ziel ihrer längst begonnenen Kooperation mit den sozialistischen Finanzwirtschaftlern

52 Vgl. z.B. MEW 23, S. 756ff.

53 Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hg.): Kombinate: Was aus ihnen geworden ist. Berlin 1993, S. 16ff. Die darauf gestützte Eröffnungsbilanz zum 1.7.90 ist meines Wissens bisher nicht veröffentlicht.

54 *Treuhand intern*, S. 31f, 34ff, *Kemmler*, S. 121 ff. Eine nach Branchen gegliederte Übersicht über die bis zum 30.6.90 erfolgten Umwandlungen gibt *Kemmler*, S. 398f. Alle anderen Betriebe wurde per Gesetz umgewandelt.

55 *Kemmler*, S. 119. Hierbei wurde im Zuständigkeitsbereich des Direktors für Wirtschaft der Grundstein für jene "Gruppe Liehmann" (*Treuhand intern*, S. 205) gelegt, die wohl erst mit der Durchsetzung der divisionalen Struktur der THA ab Januar 91 aufgelöst wurde.

56 *Kemmler*, S. 130ff.

57 *Treuhand intern*, S. 34ff.

58 "Das Unmögliche ...", S. 18- 32.

59 Dokumentation THA, Bd. 11, S. 646f.

öffentlich.<sup>60</sup> Gegen diesen unzweideutigen Versuch, ein Monopol zu übernehmen, erhob das Bundeskartellamt Einwände.<sup>61</sup> Daraufhin auf die Kooperation einer weiteren Großbank angewiesen, fand die Deutsche Bank die Dresdener zunächst zögerlich. Einerseits wäre die Dresdener Bank in einem eigenen joint venture mit der Staatsbank von vornherein an die zweite Stelle verwiesen worden, andererseits verfügte sie ja ihrerseits über entwickelte Kontakte und eigene Partner.

Auf diese Partner hatten sie jedoch kein Monopol. Über ein Sondierungsgespräch mit der Deutschen Bank am 23. April berichtet ein Vermerk Dr. Liehmanns vom folgenden Tage: Die Herren von der Deutschen Bank, Hr. Kasch vom Vorstand und Dr. Leciejewski, konnten auf die Ergebnisse der vor Ort in der DDR tätigen Roland Berger Unternehmensberatung<sup>62</sup> zurückgreifen. Deutlich sprachen sie sich gegen das Bestreben aus, aus den Betrieben "Rosinen" heraus zu lösen. Die zur Zeit erkennbare hastige Zerstörung alter Strukturen sei unbedacht und führe oftmals nicht zu wettbewerbsfähigen Unternehmen. Grund und Boden müßten mobilisiert werden, von einer schnellen Veräußerung sei jedoch abzusehen. Anteilsscheine seien, ihrer Ansicht nach, keine günstige Form der Privatisierung. Desweiteren befürworteten sie bereits hier eine Übernahme der Altschulden durch den Staat.<sup>63</sup>

Wie aus einem Bericht über einen weiteres Treffen mit Angehörigen der Deutschen Bank am 9. Mai hervorgeht, muß bereits am 24. April ein anschließendes Gespräch bei Prof. Schmidt erfolgt sein.<sup>64</sup> Anfang Mai präzisierten die Vertreter der Deutschen Bank ihre Positionen. Die THA müsse Strukturpolitik betreiben, ein vernünftiges Verhältnis von Konzentration und Entflechtung sei anzustreben. Aus ihrer Kenntnis der Lage in 18 Kombinatenergebe sich eine voraussichtlich sehr schwere Liquiditätsslage ab Beginn der Währungsunion, der begegnet werden müsse. Eine rasche Mobilisierung des Grundeigentums sei unumgänglich (wahrscheinlich das größte Vermögen, das die Betriebe besäßen). Um schließlich Kapitalbeziehungen mit der THA aufnehmen zu können, müsse deren Handlungsspielraum stark ausgeweitet werden.

Offenbar konnte die Deutsche Bank ihre Konkurrenz schließlich überzeugen. Die Dresdener und die Deutsche Bank bildeten mit der Deutschen Kreditbank AG (DKB) zum 1. Juli 1990 joint-ventures. Diese Unternehmen, die Deutsche Bank-Kreditbank AG, und die Dresdener Bank-Kreditbank AG wurden zu jeweils ähnlichen Konditionen (Anteil der Westbank 49%, der Anteil der DKB wurde durch Immobilien, Geräte etc. beglichen), nur in unterschiedlicher Größe (Aktienkapital der Deutsche Bank-KB 350 Mill. DM; der Dresdener Bank-KB 150 Mill. DM) vereinbart. Die beiden joint venture übernahmen 184 der DKB-Filialen - wovon 112 auf die Deutsche Bank-Kreditbank entfielen- und zusammen 12.000 Angestellte.<sup>65</sup> Zugleich bekamen sie in Geschäftsbesorgungsverträgen das

60 *Büschgen*, 806.

61 ebenda.

62 Die Roland Berger Unternehmensberatung war der Deutschen Bank seit Ende 1988 eng verbunden. Vgl. *WirtschaftsWoche* 39/90 vom 21.9.90.

63 Dokumentation THA, Bd. 11, S. 648f.

64 Dokumentation THA, Bd. 11, S. 651f. Für die DEUTSCHE BANK nahmen teil: J. Delbrück (Zentrale), Kasch (Vorstand), Misgeld (stellv. Direktor), Fr. Stein; für die THA Moreth, Liehmann, Löscher.

65 Angaben nach Handelsblatt, 14.8.90 und *Büschgen*, S. 807.

Management der ausgeteilten Alt- Kredite der DKB an DDR- Betriebe und die Wohnungswirtschaft übertragen.<sup>66</sup> Die DKB verblieb als "Rumpfinstitut"<sup>67</sup> mit ca. 400 Mitarbeitern und den Schuld- und Forderungstiteln (gegenüber der Staatsbank einerseits, den Betrieben etc. andererseits) in ihren Büchern.<sup>68</sup> Als am 1. Juni die Dresdner Bank dem Direktorium der THA Überlegungen zur Deckung des Finanzbedarfes der Anstalt unterbreitete, gesondert nach: 1. der Phase der Liquiditätsbeschaffung und 2. der Phase der Sanierung, konnte als eine Variante schon die Aktivität der ab 1. Juli in der DDR tätigen Kreditinstitute vorgeschlagen werden.<sup>69</sup>

## 5. Staatsvertrag und Treuhandgesetz

Auf der politischen Ebene demonstrierte die Berufung von Hans Tietmeyer zum Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers für Fragen der Währungsunion am 2.5. auch offiziell den direkten Einfluß der Bundesregierung auf die Regelung der finanziellen Aspekte. Der erst Anfang 1990 ins Direktorium der Bundesbank aufgestiegene Tietmeyer, war bereits im März 1990 wieder nach Bonn gewechselt, um dort die Führung der bundesdeutschen Delegation in den währungspolitischen Verhandlungen mit der DDR zu übernehmen.<sup>70</sup> Die Bundesbank mußte dann immer wieder beteuern, durchaus rechtzeitig über den Verhandlungsverlauf informiert zu sein.<sup>71</sup>

Es war während der Endphase der Verhandlungen über den Staatsvertrag über die Währungsunion, als der DDR- Ministerpräsident de Maiziere am 10. Mai in Frankfurt a.M. mit Vertretern deutscher Großbanken zusammentraf, um deren Beitrag zur Finanzierung der Treuhandunternehmen und bei der Unterstützung der Treuhand zu erörtern.<sup>72</sup> Die eigenen Vorklärunen hatten das strategische Interesse der Banken an einer zentralen staatlichen Institution zur Umgestaltung der DDR- Wirtschaft demonstriert, dem nun in der zweckmäßigen Gestaltung der THA entsprochen werden sollte. Die Bankenvertreter verlangten eine eindeutige Ausrichtung der THA auf die Privatisierung der DDR- Unternehmen, einschließlich Grund und Bodens, und die Gewährung ausreichender Sicherheiten für ausgereichte Neukredite. Am Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages über

66 Angaben nach Handelsblatt, 31.8.94.- Der hauptsächlich darauf gestützte Artikel von Angela Klein in der Soz, Nr. 19/94, 22.9. geht allerdings mehrfach in die Irre.

67 Handelsblatt, 15.8.90.

68 1990/91 verkaufte die DKB AG ihre Anteile an den joint venture für 440 Mill. DM (HB, 31.8.94). Den Autoren der PDS Denkschrift ist schon der Unterschied zwischen der DKB und der joint ventures verborgen geblieben. Aus diesen Fehler folgen dann weitere. (*Blickpunkt Treuhandanstalt*, S.52 und 212).

69 Dokumentation Treuhandanstalt, Bd. 12, S. 242.

70 Hans Tietmeyer, Erinnerungen an die Vertragsverhandlungen, in Waigel/Schell, S. 57ff. Vgl. auch die weiteren Beitrag in diesem Band.

71 Was politisch zweifellos angebracht war, aber nicht der Wahrheit entsprach. So wurde die Bundesbank erst am 15. Mai von Horst Köhler über die Bildung des Fonds Deutsche Einheit informiert. Zu diesem Zeitpunkt stand die Mitteilung schon in der Zeitung. Erst Ende Mai konnte die nötige Einsicht in die Notwendigkeit bei den Bundesbankern ganz durchgesetzt werden. (D. Marsh, *Die Bundesbank*, München 1992, S. 288ff).

72 Vgl. *Treuhand intern*, S. 41f sowie *Kemmler*, S. 157. Die Annahme *Kemmlers*, das Direktorium der THA hätte erst Anfang Mai Verhandlungen mit bundesdeutschen Banken zur Liquiditätssicherung der DDR- Betriebe aufgenommen (ebenda, S. 156), ist, wie oben dargestellt, jedoch unrichtig.

die WWU, dem 18. Mai, stellten die DDR- Vertreter einer Runde von Bankiers<sup>73</sup> den Entwurf eines neuen Treuhandstatutes vor.<sup>74</sup> Zwar trafen Elemente dieses Statuts auf Zustimmung, es entsprach jedoch nicht den Vorstellungen für eine rasche Privatisierung des Volkseigentums. Darüber hinaus wurde empfohlen, die Neufassung des juristischen Status der Treuhand durch ein Gesetz vorzunehmen.<sup>75</sup>

Zum 21. Mai 1990 lud der Wirtschaftsrat der CDU acht Herren zu einer Diskussion der bundesdeutschen Überlegungen nach Bonn. Dort legte E. Weiershäuser<sup>76</sup> ein Thesenpapier vor, in dem es einleitend heißt:

“Treuhandanstalt = Die schicksalhafte Rolle in der Umstrukturierung der DDR- Wirtschaft. Ohne Klärung des Eigentums keine Finanzierung. Ohne Finanzierung keine Restrukturierung der DDR- Wirtschaft. Das Modell der Treuhandanstalt ist der einzige Lösungsansatz, wenn richtig gemanagt.”<sup>77</sup>

Weiterhin wurden den DDR- Vertretern das sogenannte Bielefelder Modell und das sogenannte Bonner Modell vorgestellt. Während das Bielefelder Modell auf eine Initiative der Herren Rüdiger v. Voss (Wirtschaftsrat der CDU) und Fritz Holzwarth (persönlicher politischer Berater des Ministerpräsidenten de Maiziere) zurückging, handelte es sich beim Bonner Modell um eine Ausarbeitung verschiedener leitender Beamter aus Bundeskanzleramt und Bundeswirtschaftsministerium.

Nach diesem Treffen erfolgte bis Anfang Juni die Ausarbeitung des Treuhandgesetzes. Insbesondere über F. Holzwarth wurden dabei Kernpunkte des Bielefelder Entwurfs in die Formulierung eingeführt, so z.B. die Konzeption der THA als einer Anstalt öffentlichen Rechts, womit die Mitbestimmung umgangen werden sollte.<sup>78</sup> Nicht allein die Festlegung des Privatisierungsauftrags in der Präambel des Treuhandgesetzes spricht für eine im ganzen sehr sorgfältige Ausarbeitung des Textes.<sup>79</sup> Die auf der zentralen Ebene bewußt verhinderte Mitbestimmung zeigt das hohe Problembewußtsein der Autoren: man kann von den armen Arbeitnehmervertretern ja nicht auch noch Zustimmung zu all den bald nötigen, schweren Entscheidungen verlangen. Zur Kontrolle der THA und Besetzung ihres Vorstandes wurde lediglich ein Verwaltungsrat eingerichtet, der fast ausschließlich von der Regierung besetzt wurde.<sup>80</sup> Schließlich ist der im strengen Sinne nationalökonomische Auftrag der Anstalt nach § 2, Absatz 6 des TH- Gesetzes, die Herstellung "wettbewerbsfähiger Strukturen" als besonders gelungene Formulierung hervorzuheben. Wie den Neu-Bundesbürgern spätestens

73 Auch das Bundeskanzleramt war vertreten. *Kemmler*, S. 157.

74 In Auszügen abgedruckt bei *Kemmler*, S. 400ff.

75 *Kemmler*, S. 157.

76 Bankier, Schröder, Münchmeyer, Hengst und co.

77 Abgedruckt bei *Kemmler*, S. 403f.

78 Zur Mitbestimmung vgl. *Das Unmögliche*, S. 35. Das Bonner Modell hatte die Rechtsform der AG vorgezogen. Es sind jedoch ganze Formulierungen aus dem Bonner Modell in das Treuhandgesetz übernommen worden. Zur Entstehung des Treuhandgesetzes vgl. W. Fischer/ H. Schröder, Die Entstehung der THA, in: *Das Unmögliche ...*, S. 32ff. Die Hochschätzung der Selbständigkeitserklärungen der de Maiziere- Mannschaft ist wohl etwas übertrieben.

79 Zum Prioritätenstreit um die Formulierung vgl. *Das Unmögliche*, S. 33f. Es ist jedoch *Kemmler* zuzustimmen, daß man sich besonders darin einig war, daß die Treuhandanstalt per Gesetz eindeutig und zwingend zur Privatisierung durch Veräußerung der Volkseigenen Betriebe in jeder geeigneten Weise verpflichtet werden sollte.(158)

80 ebenda, S. 34ff.

seit den publikumswirksamen Erörterungen über den Standort Deutschland geläufig ist, bedeutet Wettbewerbsfähigkeit erfolgreiche, d.h. profitbringende Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die DDR- Ökonomie hatte an dieser Konkurrenz bekanntlich mit negativem Erfolg teilgenommen, ihre Umgestaltung zur Abänderung dieses Mangels war - von PDS bis DSU unbestritten- an der Tagesordnung. Übersehen wird dabei zuweilen, daß eine innere Marktberreinigung (die Verhinderung "ruinösen Wettbewerbs") eine Voraussetzung für erfolgreiches äußeres Auftreten sein kann.

Das Treuhandgesetz stand von Anfang an im Rahmen der mit dem Staatsvertrag eingeforderten Rechtsangleichung der DDR an die BRD. Es stellte die erste und zentrale rechtliche Neuentwicklung dar. Aber erst im Zusammenhang eines ganzen Netzes wirtschafts-, arbeits- und sozialrechtlicher Normen konnte sie wirksam werden. Es wurden die allgemeinen Regelungen zur zwangsweisen Solidarität der Opfer freien Wirtschaftens in Kraft gesetzt: Arbeitslosen-, Renten- und Sozialversicherung.<sup>81</sup> Dabei waren im Rahmen des Staatsvertrag, der verbindliche Vorschriften über die Rechtsangleichung machte<sup>82</sup>, detaillierte Anpassungen an die besondere Situation nötig. Bei diesen Arbeiten läßt sich durchaus ein Einfluß der Gewerkschaften nachweisen, der, z.B. über die SPD-Minister der DDR- Regierung vermittelt, zum Tragen kam.<sup>83</sup> In dieser Konstellation scheiterten Versuche, das Arbeitsrecht durch selektive Übernahmen unter den bundesdeutschen Standard zu drücken. Vor allem die Einführung des § 613a BGB [Rechte und Pflichten beim Betriebsübergang] in das AGB der DDR (als § 59a) erboste die Wirtschaftsexperten: die Pflicht zum Eintreten eines neuen Eigentümers in alte Arbeits- und Tarifverträge identifizierten sie als widerliches Investitionshemmnis.<sup>84</sup> Der DGB schlug vor, in einer Vielzahl von Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen überzählige Beschäftigte auf neue Arbeitsplätze vorzubereiten, wobei die Bindung an den alten Betrieb nicht gelöst, sondern in verschiedenen Formen (Kurzarbeiterstatus, Beschäftigungsgesellschaften) aufrechterhalten werden sollte.<sup>85</sup> Entscheidend für die Realisierung dieses Konzeptes war die im Vergleich zur BRD viel weiter gefaßte Kurzarbeiterregelung im DDR Arbeitsförderungsgesetz vom 22. Juni, die befristet (bis zum 30.6.91) auch eine vom Arbeitsamt finanzierte Kurzarbeit bei strukturellen Problemen des Betriebes vorsah.<sup>86</sup> Das sozialtechnische

81 Zwar gab es eine Anschubfinanzierung durch die Bundesregierung, aber im wesentlichen handelte es sich um eine Indienstrahmung der bundesdeutschen Proleten zur Alimentierung ihrer östlichen Klassenkameraden: Sozialismus in einer Klasse! (Vgl. M. Wendl, Teilen teilt - Kritik eines "modernen" Konzepts gewerkschaftlicher Interessenvertretung, in Z, Zeitschrift für marxistische Erneuerung Nr. 11, September 92, S. 60ff).

82 So im arbeitsrechtlichen Bereich die Übernahme des Betriebsverfassungsgesetzes, des Kündigungsschutzgesetzes und des AFG, die Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes und Änderung des AGB. Besonderen Wert legten man auf eine freiheitliche Regelung der Kündigungsmöglichkeiten. In der BRD gibt es bekanntlich kein AGB. 1976 war ein entsprechender Entwurf auf Eis gelegt worden.

83 Auch hier wieder der Versuch von Bürokraten, über juristische Tricks gesellschaftliche Macht zu ersetzen. Während in der Tarifrunde 1990 die 6 Jahre zuvor erfolgte Veränderung des Streikrechts (§ 116 AFG) säuberlich umgangen wurde, gelang es, das am 22. Juni verabschiedete AFG der DDR von dieser Bestimmung freizuhalten (HBI, 5.7.90). Auch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 - mit allerlei netten, neuen Freizügigkeiten für Arbeitgeber - übernahm die DDR nicht. Schade nur, das solche Erfolge so gänzlich folgenlos bleiben.

84 Handelsblatt, ab 11.7. 90.

85 Bericht im Handelsblatt, 18.6.90. Seite 4.

86 Arbeit und Arbeitsrecht, Heft 9/90, S. 224ff.

Instrumentarium lag bereit, um die Beschädigten des Anschlusses verarzten zu können.

Die Arbeiten am TH- Gesetz hatten gerade erst begonnen, als die THA am 25. Mai mitteilte, die Treuhandunternehmen würden in der zweiten Jahreshälfte 1990 einen Liquiditätsbedarf von etwa 50 Mrd. DM haben.<sup>87</sup> Die THA legte damit eine Schätzung vor, die der Realität erstaunlich nahe kam.<sup>88</sup> Die Mitteilung stützte sich auf die "Präzisierte Fassung zur Feststellung der Rentabilitätslage der Betriebe/ Unternehmungen" vom 16. Mai 90 (1. Fassung 8.5.90). Danach galten zu diesem Zeitpunkt 683 der berücksichtigten Unternehmen (= 31%) als rentabel und 920 (= 42 %) als, trotz Verlusten dennoch sanierungswürdig. 579 Unternehmen wurden als konkursgefährdet angegeben.<sup>89</sup> Diese Mitteilung provozierte sofort Versuche zur Begrenzung irgendwelcher Unterstützungen. Das Bundesfinanzministerium erinnerte mahnend an den im Staatsvertrag fixierten Rahmen der, eigentlich für Sanierungen bestimmten Kreditaufnahme der THA (für 1990 7 Mrd. DM).

Die Konditionen, zu denen die Kreditierung der TH- Unternehmen erfolgen sollte, standen noch nicht fest. Bereits im Juni deuteten sich in dieser Frage Differenzen an. Die Banken sahen keine Veranlassung, ihre Kredite an Betriebe mit völlig ungesicherter Zukunft auszuteilen. Von ihnen waren Liquiditätskredite (d.h. zur Überwindung kurzfristiger Zahlungsschwierigkeiten bestimmte Kredite) nicht zu erwarten, solange Sicherheiten nicht geboten werden konnten. Wegen der fehlenden "gesicherten" Eigentumsverhältnisse konnten nicht einmal Hypothekarkredite auf Grund und Boden aufgenommen werden. Ohne eine Erklärung der THA, im Zweifelsfall die Bedienung der Liquiditätskredite zu garantieren, würde nichts laufen. Daher wurde vereinbart, daß die THA eine Globalbürgschaft für diese Kredite übernehmen sollte. Die Banken gingen davon aus, daß Forderungen an die THA im Zuge des Anschlusses Staatsschulden der BRD werden würden. Das Bundesfinanzministerium war dagegen bestrebt, die THA und die BRD aus der Frage der Liquiditätssicherung herauszuhalten. Dieses Problem sollte quasi privat zwischen den Banken und den betroffenen Betrieben geklärt werden.<sup>90</sup> Weder der Staatsvertrag zur WWU noch das Treuhandgesetz sahen Kredite an die THA zur Liquiditätssicherung der Treuhandunternehmen vor.<sup>91</sup> Der Kreditrahmen der THA sollte auch zur Absicherung von Liquiditätsbeihilfen ausreichen.<sup>92</sup> Ihre strikte Ablehnung gab die bundesdeutsche Seite schließlich zugunsten einer Genehmigung einer Globalbürgschaft der THA in Höhe von 5 Mrd. DM auf.<sup>93</sup>

---

87 *Kemmler*, S. 134.

88 Bis Ende 1990 bürgte die THA für Liquiditätskredite im Umfang von ca. 24 Mrd. DM. In Anbetracht der restriktiven Vergabep Praxis ist eine Annahme, die den Bedarf mit etwa dem doppelten der ausgereichten Liquiditätskredite ansetzt, durchaus wahrscheinlich. Die wiederholt geäußerte Vermutung, der große Umfang der angeforderten Liquiditätskredite resultiere aus fortlebenden Verhaltensmustern der DDR- Ökonomie ("Fordere das Doppelte, dann bekommst Du die Hälfte.") ist angesichts der tatsächlich verheerenden Zahlungs(un)fähigkeit der meisten Betriebe als zynische Selbstentlastung zu erkennen.

89 Die Autoren der Übersicht kamen aus dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Finanzen. THA- Dokumentation, Bd. 2, S. 68ff.

90 *Kemmler*, S. 135 und 293.

91 *Kemmler*, S. 134 und 292.

92 *Kemmler*, S. 135.

93 *Kemmler*, S. 293.

Die THA gab am 18. Juni an die Betriebe eine Aufforderung zur Entwicklung und Vorlage eines Liquiditätsstatus heraus, wobei die voraussichtlich benötigten Liquiditätsbeihilfen mitangezeigt und begründet werden sollten.<sup>94</sup> Am selben Tag lag eine neue Übersicht über die wirtschaftliche Situation der DDR- Unternehmen vor, der Informationen über 2600 Betriebe zugrunde lagen. Die Resultate gingen ein in den Ministerratsbeschuß vom 20. Juni: "Über Maßnahmen zur Strukturanpassung der gewerblichen Wirtschaft an die Erfordernisse der Marktwirtschaft". Demnach schätzte man 34% der Betriebe als voraussichtlich rentabel ein, bei 27% wurde mit Verlusten gerechnet. 39% jedoch hielt man für akut konkursgefährdet.<sup>95</sup>

## 6. Die Währungsunion und die Krise des Sommer 90

Die Währungsumstellung gelang vorbildlich.<sup>96</sup> Zwar wurden die letzten Modalitäten erst zwei Tage zuvor zum Gesetz erhoben, da aber auf die Zustimmung der Volkskammer sicher gerechnet werden konnte, tat dies den Vorbereitungen keinen Abbruch. Die Übergabe der wirtschaftlichen Souveränität an die BRD vermerkte man im DDR-Parlament eher mit Erleichterung, der eigenen Mühewaltung nun enthoben zu sein. Die größte Unsicherheit der Planer bestand in Bezug auf das Verhalten der Sparer. Hier wurden auch die restriktivsten technischen Maßnahmen angesetzt (Begrenzung des Umtauschs in der ersten Woche auf 400 DM). In der DDR entfielen praktisch keinerlei Anteile der Spareinlagen auf längerfristige Anlageformen, d.h. fast alle Gelder konnten sofort gekündigt werden. In der allgemeinen Unsicherheit war eine Bankpanik nicht unwahrscheinlich: die heftigen Bewegungen an den DM- Wechselstuben zwischen November 89 und Juni 90 hatten das Mißtrauen gerade auch der nicht unvermögenden DDR- Bürger hinreichend deutlich gemacht. Als Polster waren den DDR- Finanzinstituten günstige Verschuldungsmöglichkeiten bei der Bundesbank eingeräumt worden. Die volkseigenen Betriebe waren dagegen in so geringem Maße mit Geld ausgestattet, daß selbst die Lohnzahlungen nur bei normal laufendem Geschäft möglich waren. Von normalem Geschäft konnte aber keine Rede sein. Ausbleibende Lohnzahlungen hätten unweigerlich einen Run auf die Sparkassen und damit den Zusammenbruch des gesamten DDR- Finanzsystems zur Folge gehabt. Damit wäre auch der politische Anschluß gründlich in Mißkredit geraten.

Zu diesem Zeitpunkt kamen die Betriebsleitungen aus anderer Richtung unter Druck. Tarifverhandlungen in mehreren Zweigen sollten den Beschäftigten ein Minimum an finanzieller Sicherheit und eine Neuregelung der arbeitsrechtlichen Situation verschaffen. Einerseits ging es um eine Festlegung der Kündigungsschutzrechte, andererseits um eine Kompensation der, aus den neuen Sozialabgaben resultierenden Mindereinkommen. Am 6. Juli begann die IG Metall (der DDR) mit Warnstreiks.<sup>97</sup> Sie forderte einen zweijährigen Kündigungsschutz. Während die IG Bau/ Holz und die IG Chemie am 10. und 12. Juli Tarifverträge abschlossen, weiteten sich die Streiks in der Metallindustrie aus. Erst am 13. Juli

<sup>94</sup> Kemmler, S. 135.

<sup>95</sup> vgl. Kemmler, S. 133

<sup>96</sup> Witziger weise verwendete man NVA- Gebäude zur Lagerung eines Teils der rund 1000 t Bargeld, die bis Ende Juli in die DDR geschafft wurden. (D. Marsh, Die Bundesbank, S. 260)

<sup>97</sup> Neues Deutschland vom 7./8.7.90. Daran knüpfte sich übrigens eine ergötzliche Debatte um Sinn oder Unsinn, Berechtigung oder Verantwortungslosigkeit von Streiks unter den Lesern und Redakteuren der sozialistischen Tageszeitung.

kam es in der Metallindustrie zur Einigung. Der abgeschlossene Tarifvertrag bot, insbesondere in der Kündigungsschutzregelung, beträchtliche Potenzen zur langfristigen Umstrukturierung, sprich: geordneten Entlassung der Belegschaften. Aber die Finanzierung mußte gewährleistet sein.

Die vermeintlich mit der Umstellung geschaffene Kaufkraft der DDR- Bevölkerung bestand ja nur in Forderungen auf Lohnzahlung (1:1!) an Betriebe und in Sparanlagen, die auf Umwegen in eben diese Betriebe investiert worden waren. Diese Zusammenhänge machten die finanzielle Situation der DDR- Betriebe zum Angelpunkt eines erfolgreichen Anschlusses. Nach der ersten Woche, spätestens nach 10 Tagen war offensichtlich, was intern lange bekannt war: die Betriebe benötigten Kredite zur Begleichung der laufenden Kosten. Hinzu traten hier Mehraufwendungen zur Zahlung der Sozialabgaben nach BRD- Recht, der Produktionsrückgang bereits seit April, der zu höheren Lohnstückkosten führte, die Störung von stofflichen Reproduktionszusammenhängen etc.. Binnen kurzem meldeten die Betriebe - ausgehend vom Schreiben vom 18.6. - 24 Mrd. DM Bedarf nach Kreditbürgschaften bei der THA an.<sup>98</sup> Dort mußte nun entschieden werden. "Da die Treuhandanstalt noch nicht direkt der Bundesregierung unterstand, aber von ihr finanziert wurde, galt es, diese Anträge weniger nach rechtlichen als nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu prüfen. Damit wurden Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater beauftragt, die nach der staatsrechtlichen Vereinigung den Treuhand- Leitungsausschuß unter dem Vorsitz von Horst Plaschna bilden sollten. Auf ihre Begutachtung ging die Entscheidung der Bundesregierung zurück, in der ersten Phase nur 41% der beantragten Betriebsmittel zu bewilligen - ein früher Dämpfer, den viele Geschäftsführer von DDR- Betrieben der Treuhandzentrale anlasteten.<sup>99</sup> Der Leitungsausschuß - ein in der Treuhandanstalt tätiges, aber ihr nicht eingegliedertes Beratungsorgan des Bundesfinanzministeriums - hat fortan alle in der Zentrale eingehenden Unternehmenskonzeptionen geprüft und Empfehlungen zu deren Behandlung ausgesprochen."<sup>100</sup>

Die direkte Kontrolle der THA durch westdeutsche Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater mußte um so wirksamer ausfallen, als es vom 15. Juni (Abberufung P. Moreths) bis 15. Juli 90 (Amtsantritt Rainer Gohlke) keinen offiziellen Chef des Vorstandes der THA gab. Nur W. Krause als geschäftsführender stellvertretender Chef, P. Liehmann und Rohwedder als Vorsitzender des Verwaltungsrates (ab 1. Juli) waren vor Ort.<sup>101</sup> Am 11. Juli verkündete die THA die Antwort auf die Anforderungen der Betriebe zur Bereitstellung finanzieller Mittel. Sie besagte, daß die THA pauschal für 41% der beantragten Kredite über 500.000 DM bürgt, unter 500.000 voll. Das hieß praktisch, daß nur Löhne, keine Rechnungen, bezahlt werden konnten. Dies bedeutete den Zusammenbruch der zwischenbetrieblichen Zahlungs- und Lieferbeziehungen. Pikanterweise erfolgte zeitgleich zur ersten Regelung des Liquiditätsproblems die Vorstellung der ersten Fassung der Gesamtvollstreckungsordnung - des Konkursrechtes für ehemalige DDR-

98 Erwartet hatte man - nach eigener Auskunft- etwa 3 Mrd.

99 (im Org.) Interview mit Detlef Scheunert vom 6.10.92

100 "Das Unmögliche ...", S. 157; Man hat allerdings nicht bis zur "staatsrechtlichen Vereinigung" gewartet. In "Treuhand- Intern", S. 89 wird, neben weiteren Einzelheiten, für die erste Sitzung des Leitungsausschusses der 30.8. angegeben.

101 nach Handelsblatt, 2.7.90; detailliertere Angaben "Das Unmögliche ...", S. 114f.

Betriebe. Hierbei handelte es sich um die zweite juristische Neuerung in der Organisation des Anschlusses, die ob ihrer Vereinfachungen des Konkursvorgangs und des erleichterten Zugriffs der Gläubiger auf die verbliebenen Vermögensrechte einiges Lob ernten konnte.<sup>102</sup> Konsequenz wurde in dem am 15. Juli publizierten Sanierungsleitfaden jede Aussicht auf Bürgschaften für Kredite mit Anforderungen an die Sanierung verknüpft.

Die Wirkung der ersten Wochen der Währungsunion auf die Produktionsstruktur der DDR war nicht so unzweckmäßig, daß man annehmen müßte, hier hätten die bürgerliche Architekten der deutschen Einheit am eigenen Maßstab versagt. Einerseits lag das Urteil über die DDR- Nationalökonomie fest: Konkurs. Andererseits wurde, wie in jeder normalen Konkursmasse, noch jede Menge verwertbarer Reichtum vermutet, den es aus dem Rest herauszuschälen galt. So wurden z.B. die Autarkieproduktionen der DDR durch den ökonomischen Anschluß sinnlos, ihre Einstellung war beschlossen. Die Effektivität der Nahrungsgüter- und Baustoffindustrie war unzureichend, ihre Rationalisierung unerlässlich. In Anbetracht der emporschnellenden Arbeitslosenzahlen wird aber oft die Existenz einer nicht unerheblichen Zahl interessanterer Betriebe vergessen, so im Maschinenbau, in der Energieproduktion und auch der chemischen Industrie (PCK Schwedt), die sehr wohl voll weiter produzierten, zum Teil aufgrund von Exportaufträgen für Osteuropa.<sup>103</sup> Tatsächlich waren Desinteresse an den einen und Interesse an anderen Produktionen zwei Seiten einer Medaille. Die Betriebe der DDR sollten einer strengen Auswahl bezüglich ihrer voraussichtlichen Marktchancen unterworfen werden. Dazu mußte man sie aber in einem ersten Schritt vereinzeln, ihre formellen und informellen Beziehungen untereinander kappen. Die Aufrechterhaltung DDR- spezifischer ökonomischer Kreisläufe sollte nur soweit geduldet werden, als sie die Zurichtung für kapitalistisches Wirtschaften nicht behinderte. Übrigens verkaufte die THA auch in der ersten Zeit ihrer Tätigkeit nach dem 1. Juli eine ganze Reihe von Unternehmen - gemessen an den Möglichkeiten der Anstalt, die in diesem Zeitraum noch weitgehend passiv auftrat.

Am 15. Juli erfolgte die Konstituierung des Verwaltungsrates und die Berufung Rainer Gohlkes zum Vorsitzenden des Vorstands.<sup>104</sup> Das Beharren der Opposition - oder die Verweigerung der Regierungskoalition - in der Volkskammer ihren Kandidaten für den Verwaltungsrat, Günther Nooke, zu wählen, hatte das erste Zusammentreten verzögert. Für den Verwaltungsrat hatte sich Rohwedder eine westliche Mehrheit ausbedungen, um die fachliche Kompetenz des Gremiums zu sichern. Die sechs Ost- Direktoren hatte F. Holzwarth persönlich ausgesucht.

Angesichts der unzureichenden Geldausstattung der Betriebe und der für den nächsten Monat neu anstehenden Lohnzahlung (18. August!) brach Ende Juli eine heftige Kontroverse um die Modalitäten der Kreditvergabe im Anschlußgebiet aus.<sup>105</sup> R. Gohlke als Chef der THA beschuldigte die Großbanken, die nötigen

102 Handelsblatt, 11.7.90, S. 6.

103 Diesen Exporten standen nach der Währungsunion keine entsprechenden Importe aus Osteuropa gegenüber, so daß den dortigen Partnern bald die Valuta knapp wurden. Der Zusammenbruch erfolgte aber erst im Winter 1991/92, nicht zuletzt in Folge der Augustputsche und der damit bewirkten Auflösung der SU.

104 *Kemmler*, S. 196ff.

105 Dies war natürlich nicht der einzige Streitpunkt. Daneben standen die Organisationspolitik der THA (siehe unten) und ihre Kaderpolitik. Ein Schwerpunkt der Treuhandaktivitäten lag im Sommer

Kredite zu boykottieren. Die Banken beharrten auf Sicherheiten für ihre Kredite und verlangten als Vorsorge gegen eine gleichmäßige Verteilung der Gelder ("Gießkannenprinzip") zunächst eine Prüfung der Betriebskonzepte. Ein weiterer Konflikt bestand hinsichtlich der Behandlung der Altschulden. Nominell waren die meisten DDR- Betriebe, zumal im Vergleich zu Umsatz und flüssigen Reserven, beträchtlich verschuldet. Eine Streichung dieser Schulden war unmöglich, da sie - wie oben gezeigt - die Deckung für die Masse der Sparguthaben bildeten. Ihre Bedienung (Zins- und eventuell Tilgungszahlungen), waren die Voraussetzung, um ein Gleichgewicht der DDR- Finanzen zu halten. Die Altkredite in den Büchern der DKB AG umfassten rund 105 Mrd. DM für Betriebe, wovon die Bank nach eigenen Angaben 22 Mrd. DM für uneinbringbar ansah (Kernkraftwerke, bereits stillgelegte Chemie). An diesen Altkrediten war direkt nichts zu verdienen, die Zinsen dafür blieben nicht in den, nur die Geschäfte besorgenden joint ventures, sondern gingen an die DKB, die sie an die Staatsbank, und darüber an die Sparkassen weiterreichte.<sup>106</sup> Im Gegensatz dazu konnten die Altschulden der Wohnungswirtschaft die Basis für durchaus einträgliches Geschäft bilden, sie verblieben ungeschmälert in Höhe von ca. 40 Mrd. DM im Portfeuille der DKB und haben mit ihr 1994 den Eigentümer gewechselt.<sup>107</sup> Die Altschuldenbelastung eines Betriebes war zudem aus seinen Büchern nicht endgültig festzustellen, da die höchst ungleichmäßige Verteilung der Altschulden auf die DDR- Betriebe Anlaß zu einer Ausgleichsregelung gegeben hatte, die nachträglich die Kreditbelastung aller Betriebe angleichen sollte. Solche Ausgleichsforderungen konnten natürlich erst nach Abgleich der Betriebsvermögen beziffert werden, bildeten damit zum Zeitpunkt der Kreditgewährung ein unkalkulierbares Risiko. Ein im Juli altschuldenfreies, und auf dieser Grundlage kreditiertes Unternehmen könnte auf diesem Weg nachträglich belastet, und damit die Bedienung der von den Geschäftsbanken ausgereichten Kredite behindert werden. Die Vorrangigkeit der Bedienung ihrer Neukredite bei gleichzeitiger Garantie der Zirkulation durch Bedienung der Altschulden zu erreichen - darin lag das vorrangige (und gemeinsame) Interesse der Banken.

Am 17. Juli erhöhte die Deutsche Bank ihren Anteil an der gemeinsamen Tochter mit der DKB auf knapp 85%, indem sie alle neuen Aktien aus einer Kapitalerhöhung auf 950 Mill. DM. übernahm. Zugleich stellte sie die baldige Verschmelzung mit dem Mutterinstitut und der rechtlich selbständigen

---

auf der Bildung der leitende Organe der Gesellschaften. (J. Priewe, Blätter für deutsche und internationale Politik 2/91).

106 Handelsblatt, 19.7., Pressekonferenz mit Georg Krupp, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank: "Erneut hervorgehoben wurde, daß die Altkredite,..., in den Büchern der Deutschen Kreditbank AG bleiben werden. Verwaltet würden sie aber von der Deutschen Bank - Kreditbank AG, die auch die Lohnzahlung für die Kombinate abwickelt..."

107 Allerdings sind bei einer Diskussion über die, beim Erwerb von DDR- Kreditinstituten gezahlten Kaufpreise eben nicht nur die Forderungen (und ihre Qualität), sondern auch die Verbindlichkeiten dieser Banken zu berücksichtigen. Eine bloße Gegenüberstellung von Kaufpreis und Altschuldenforderungen, wie sie zum Beispiel Ilona Wiesenjahn unternimmt, ist ökonomisch völlig sinnlos, denn eine Bilanz kann nur in ihrer Gesamtheit verstanden werden: "Die Rätsel verschwinden in der Tat, sobald Herr Darimon neben seine Rubriken des Metallvorrates und des Portfeuille (der diskontierten Papiere) die Rubriken der Notenzirkulation und der Depositen hinstellt." Marx, Grundrisse MEW 42, S. 54 bzw. Grundrisse, Einzelausgabe, Berlin 1974, S. 38. (Ilona Wiesenjahn, Die Übernahme des ostdeutschen Bankensystems - Ein Milliardengeschäft für westdeutsche Großbanken, ICARUS, Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte Jg.4,1998/3).

Westberliner Dependence der Deutschen Bank in Aussicht. Die Dresdener Bank war zu solcher Investition noch nicht in der Lage, die führende Rolle der Deutschen Bank unbestritten.<sup>108</sup> Zu dieser Zeit bauten die Großbanken (Deutsche Bank, Dresdener Bank, Commerzbank) ein eigenes Filialsystem auf, die Deutsche und die Dresdener Bank als Ergänzung ihrer joint ventures.

Anfang August übernahm die Bundesrepublik die Gewährträgerhaftung für die Staatsbank Berlin. Dieser, normalerweise auf Sparkassen angewandte Begriff bedeutet, daß der Gewährträger "für sämtliche Verbindlichkeiten" des Finanzinstituts haftet. So konnte die Staatsbank eines Staates i.L. zu einer kapitalmarktfähigen Adresse werden. Die Bezahlung des anwachsenden DDR-Defizits (Versicherungssystem, Arbeitslose, Landwirtschaft) konnte nun durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen erfolgen, deren Bonität durch die BRD abgesichert war.<sup>109</sup>

Während die technischen Vorbereitungen für die Vergabe von Liquiditätskrediten weiterliefen, eskalierte der Streit um die Verteilung der Risiken. Zwei Spitzentreffen der Bundesregierung mit den Chefs der Großbanken am 8. und 13. 8. brachten keine Einigung. Die Auseinandersetzungen erreichten ihre größte Schärfe, nachdem die Deutsche Bank einen Vorschlag zur Regelung der Altschuldenfrage vorlegte. "Mit Empörung wurde in der Bundesregierung der Vorstoß der Deutschen Bank aufgenommen, die Altschulden der DDR- Betriebe von der DKB auf die THA zu übertragen." Immerhin war mit der Deutschen Bank-Kreditbank AG eine gemeinsame Tochter der Deutschen Bank und der Kreditbank zu sehr günstigen Konditionen eingerichtet worden, nun vermuteten die empörten Politiker, die egoistischen Banker wollten sich "aus der Verantwortung ziehen": "Es sei gerade der Sinn der vorgesehenen Konstruktion gewesen, über die Altschuldenregelung bei der Deutschen Kreditbank den Sachverstand westdeutscher Banken für die Bewertung und Sanierung der DDR- Betriebe parallel zur THA zu nutzen. Die Deutsche Bank habe bei der Gründung der DB-Kreditbank gewußt, auf was sie sich eingelassen habe."<sup>110</sup>

Der Vorschlag der Deutschen Bank ging in der Substanz bereits auf das Frühjahr zurück. Er lief auf folgendes hinaus: der Staat /oder die THA übernehmen die Schulden der Betriebe und zugleich die Verpflichtungen der Kreditbank gegenüber der Staatsbank, auch die Zinsverpflichtungen. Der Staat würde "nur insofern in Anspruch genommen, als die Einkünfte der THA aus der Privatisierung nicht zur Begleichung der Zins- und Tilgungszahlungen ausreichen". - Die Deutsche Bank verzichtete dabei auf nichts, ihr gehörten die Schulden der DDR-Betriebe ja nicht, sondern der DKB, die im Zuge dieses Verfahrens aufgelöst werden sollte. Die gerade eingerichtete Gewährträgerhaftung für die Staatsbank Berlin, bemerkten die Vertreter der Deutschen Bank, sei der Ansatzpunkt für diese Regelung. Zum ändern wäre so das Risiko beseitigt, daß die Bedienung der Altschulden den Zins- und Tilgungsdienst für die von den Banken nach dem 1. Juli ausgegebenen Kredite behindern könnten. Die Kosten zur Aufrechterhaltung

---

108 Handelsblatt, 23. 7.1990. Vgl. Büschgen, S. 807.

109 Gleichzeitig wurden einige Festlegungen zur weiteren Geld- und Kreditpolitik getroffen, Veränderungen an der Spitze der Bundesbank sowie eine Rückweisung des Bundesaufsichtsamtes für Kreditwesen. Für den kreditrechtlichen Bereich war damit schon entschieden, daß die Treuhand nicht als Konzern zu betrachten sei.

110 Handelsblatt, 14. 8.1990.

der Zirkulation auf dem Gebiet der DDR wären auf diesem Wege direkt dem Nationalkredit der BRD abverlangt worden.

Pünktlich vor der Lohnzahlung wurde am 15. August die vorläufige Einigung vorgestellt: die Liquiditätskredite unter 500.000 wurden wie im Juli behandelt, von den darüber hinausgehenden Anforderungen 50% sofort, der Rest nach Prüfung der Geschäftslage und Sanierungsfähigkeit durch Banken und Treuhand ausgegeben.<sup>111</sup> Zugleich wurde die generelle Regelung verkündet, daß die Zinszahlungen der Betriebe auf Altkredite bis zur Erstellung der DM-Eröffnungsbilanz von der Treuhand übernommen wurden. Nach der Erstellung der DM-Eröffnungsbilanz war im Sanierungsfall die Geltendmachung von Ausgleichsforderungen oder der Erlaß der Altschulden möglich. Insgesamt verbürgte sich die THA im Zeitraum Juni- September für 25,4 Mrd. DM.

So waren beide Forderungen der Banken der Sache nach erfüllt. Die Zirkulation wurde durch die Bedienung der Altschulden durch die THA gesichert. Die Ausgabe neuer Kredite zur Fortführung der Betriebe wurde an Sanierungskonzepte geknüpft, bei deren Beurteilung die Banken mitentscheiden konnten. Neben der geklärten Kreditfrage, d.h. der über die Staatshaftung geklärten Kreditfähigkeit der Treuhand ist die Fixierung von Formen gemeinsamer Tätigkeit von Banken, Treuhand und hinzugezogenen Wirtschaftsprüfern hervorzuheben. Hier wurde die Struktur der TH- Arbeit eingeübt, die die Außenaktivitäten der Anstalt weitgehend privatisierte und zugleich in der Gewährung verbürgter Kredite die Banken in strategische Entscheidungen einbezog.<sup>112</sup>

## **7. Form und Zweck. Die Konsolidierung der neuen Macht**

Im August standen auch die internen Strukturen der THA zur Diskussion. Noch am 15.8. wurden in der 1. Durchführungsverordnung zum Treuhandgesetz detaillierte Vorschriften zur Bildung der AG erlassen. Im Treuhandstatut vom 18. Juli waren vier Treuhand- Aktiengesellschaften (Schwerindustrie, Investitionsgüterindustrie, Konsumgüterindustrie, Dienstleistungen) vorgesehen gewesen, wobei die Zahl und Zuständigkeit der AG noch nicht ganz feststand. Die Außenstellen der THA sollten zugunsten der AG aufgelöst werden.<sup>113</sup> Rohwedder hatte schon früh gegen dieses Vorhaben opponiert und behinderte seine Umsetzung. Die erreichte monetäre Kontrolle ermöglichte hier ab Mitte des Monats politische Fortschritte. Zwar erwies sich die Anschubfinanzierung des Sozialwesens als unzureichend, die Landwirtschaft steckte in einer akuten

111 Handelsblatt, 16.8. 1990.

112 Am 16.8. wurden endgültig die Refinanzierungsmöglichkeiten für die DDR- Staatsbank geklärt. Verbunden war die Klärung der Stellung der Staatsbank mit einem Stillhalteabkommen der Sparkassen im 3. Quartal 90: die Einlagen sollten nicht kurzfristig zurückgezogen werden. Die Staatsbank wurde mit dem Einigungsvertrag in eine Körperschaft öffentlichen Rechts umgewandelt (soweit nicht Teile von der Bundesbank übernommen wurden), mit der Option auf Abwicklung oder Übernahme durch ein öffentlich- rechtliches Kreditinstitut. 1990/91 nahm die Staatsbank zur Stützung des Kredit systems etwa 100 Mrd. DM auf den Leihkapitalmärkten auf. Die Bank bildete bis Ende 1991 die Verrechnungsstelle im Zahlungsverkehr zwischen Altgermanien und dem Anschlußgebiet. Parallel zur dieser Tätigkeit wurden ihre Forderungen an DKB AG abgeschmolzen: die THA trat ab 1991 in die Forderungen ein, wobei dies durch eigene Emissionen der THA ermöglicht wurde. Die Staatsbank tilgte entsprechend die Forderungen der Sparkassen. Damit verminderte sich die Bilanzsumme von 154 Mrd. DM in der Eröffnungsbilanz auf 60 Mrd. DM.

113 Eine Skizze der geplanten Struktur bei *Kemmler*, S. 221.

Absatzkrise und die Situation in weiten Teilen der Industrie beruhigte sich zu einer Ruhe der 0- Stundenkurzarbeit. Aber in einem zentralen Bereich, für die Einkommen der Beschäftigten, war eine Regelung gefunden worden, die die Leute zu Hause hielt. Die Anträge auf Liquiditätskredite nahmen von 8000 im Juli auf 6000 im August ab. Aus jedem Widerspruch der Währungsunion machte die Regierung ein Argument für die staatsrechtliche Vereinigung. Am 17. August wurden die SPD - Minister von de Maizere entlassen, am 20. August trat Gohlke zurück. Am 24. August beschloß die Volkskammer den Beitritt zum 3. Oktober.

Mit dem Rücktritt Gohlkes war der Weg für eine weitere Revision frei: Mitte August wurde die Vorbereitung der Abwicklung der Außenstellen offiziell gestoppt. Ende August erklärte Rohwedder- mit inoffizieller Rückendeckung durch die Bundesregierung auf einer Direktorenkonferenz der THA den Verzicht auf die AG öffentlich. Die neue/alte Struktur wurde in ihren Grundzügen nach einem Gutachten der R. Berger Unternehmensberatung gestaltet. Dabei sollte auf der Basis der Teilung Zentrale/Außenstellen die Zuständigkeit je nach Größe der Unternehmen zugeteilt werden. Die juristische Seite spielte, in deutlichem Gegensatz zu anderen Entwicklungen nach dem 3. Oktober 1990, keine Rolle. Bei Rohwedders Auftritt vor der Volkskammer am 13. September wurde ihm für seine gesetzesverletzende unternehmerische Kühnheit applaudiert. Als Rohwedder vor der Volkskammer sein Konzept der THA erläuterte, gebrauchte er eine charakteristische Wendung. Er sprach von den Außenstellen, "oder wie wir gern in Anlehnung an Großbankjargon sagen: die Niederlassungen". Damit war mehr als Geistesverwandschaft ausgedrückt.<sup>114</sup> Der DGB, der nach dem 3.10. viele Rechtsstreitigkeiten geführt hat, klagte gegen diese Gesetzesverletzung nie, obwohl sie Mitbestimmung in der THA auch auf der zweiten Ebene obsolet machte. Diese Zurückhaltung resultierte wohl nicht nur aus dem Verhalten der letzten Volkskammer, sondern auch daraus, daß man die damit vergebenen Einflußmöglichkeiten gar nicht hat wahrnehmen wollen. Allerdings ist dieses Wohlverhalten nicht unberücksichtigt geblieben: "Die Vertretung der Gewerkschaften (im Verwaltungsrat der THA - d.A.) ist allein der Berufungspraxis der Bundesregierung zuzuschreiben."<sup>115</sup>

Man hielt es nicht einmal für nötig, die geschaffenen Tatsachen im damals (31. August) unterzeichneten Einigungsvertrag zu sanktionieren, erst im Frühjahr '91 wurde das für die weitere Entwicklung nachgeholt. Nur einige Sitze im Verwaltungsrat der THA wurden mit dem Einigungsvertrag an die Ostländer neu vergeben und die Zuständigkeit vom Ministerrat auf die Bundesregierung übertragen. Die mit dem Einigungsvertrag ausgesprochene Befristung der TH-Tätigkeit war weniger als Aufforderung an das Management, denn als Drohung an die Belegschaften gemeint: auf ein Überleben in Staatsbetrieben sollte keiner hoffen.

Im Einigungsvertrag wurden die Zahlungsmodalitäten für die Altschulden endgültig geklärt, sie liefen im Sanierungsfall praktisch auf eine Übernahme der Altschulden durch die Treuhandanstalt hinaus.<sup>116</sup> Die Vermutung von Angela

114 "Das Unmögliche ...", S. 117ff, vgl. S. 38 und 47 ebenda.

115 "Das Unmögliche ..." S. 160; Zur Veränderung des Verwaltungsrates nach dem Anschluß vgl. Kemmler, S. 199f.

116 Andere, die Treuhand betreffende Festlegungen werden im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag- neben der Zusammensetzung des Verwaltungsrates- noch bei den Festlegungen

Klein, die hinter der Übernahme der Betriebsaltschulden durch die Treuhand eine Verminderung des Einflusses insbesondere der Deutschen Bank sah, ist unbegründet.<sup>117</sup> Im Gegenteil handelt es sich dabei um die Aufrechterhaltung der Bankenkontrolle (die zudem längst durch neue Kredite gestützt war!) bis zur Sanierung bzw. Liquidation, die durch die Leistung der garantierten Zinszahlungen durch die Treuhand finanziell abgesichert wurde. Mit der Sanierung/Liquidation stand dann die Wegscheide zum kommerziellen Kredit eines privatisierten Unternehmens, zur Übernahme durch die Treuhand (garantierte Staatsschuld) oder zur unausweichlichen Wertberichtigung bei den Inhabern der Altschulden, z.B. der DKB - die deutschen Großbanken sind diesem Danaergeschenk konsequent aus dem Weg gegangen.

Nachdem Funktion und Rahmenbedingungen der Tätigkeit der Treuhandanstalt geklärt waren, konnte die Einführung einer entsprechenden Struktur mit größerer Gelassenheit angegangen werden. Noch im Herbst wurde das Experiment einer funktionalen Gliederung der Zentrale als gescheitert eingestellt. Zum 1. Januar 1991 führte die THA jene divisionale Gliederung ein, die ihr mit einigen Modifikationen bis zum Ende erhalten blieb: Ohne die Selbständigkeit von Aktiengesellschaften konnten nun in 5 Unternehmensbereichen in direkter Geschäftsverantwortung eines Vorstandsmitglieds die Großbetriebe mehrerer Wirtschaftszweige kontrolliert und privatisiert werden. Im Verlaufe des Jahres 91 wurde diese Struktur durch die Zuordnung der Betriebe (bis April) und durch den Ausbau der Personalstruktur realisiert.<sup>118</sup> In die Kompetenz der Niederlassungen, deren Leitung seit Oktober 90 Birgit Breuels erster Job im Vorstand der THA war, fielen Betriebe mit bis zu 1500 Beschäftigten, insgesamt (formal zum 1. Januar 91) 6718. Auf die Zentrale kamen zum gleichen Termin 3826 Betriebe. Für die Querschnittsbereiche Personal und Finanzen waren hier A. Koch bzw. W. Krause zuständig.

Die Außenaktivitäten sowohl der Zentrale wie der Niederlassungen verliefen im wesentlichen gleich: neben der Mitarbeiterwerbung, insbesondere von Klein- und Mittelunternehmern für Leitungsfunktionen, stand ein massiver Einsatz von Vertragskräften, die Task forces für den Ost- Dschungel bildeten. Solche Gruppen übernahmen die Unternehmensdatenerfassung, die vorläufige Einstufung der Perspektive und die Unterstützung bei der Bildung der DM- Eröffnungsbilanz. Hohe Bezahlung (langfristige Aufträge zu Tageshonorarsätzen) und große Einflußmöglichkeiten halfen diesen Helfern über die Widrigkeiten des Ostens hinweg. Interessant ist nun die Fortsetzung dieser lockeren Struktur in die THA hinein. Der fließende Übergang wurde durch eine personelle Kontinuität zwischen TH- Angestellten, Experten und "freischaffenden" Kräften hergestellt. Daneben sind die in Leitungspositionen der Treuhandbetriebe berufenen Manager zu nennen, die wiederum freie Hand bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter hatten. Die TH- Mitarbeiter genossen nicht zuletzt auch selbst ein "hohes Maß unternehmerischer Freiheit", die durch eine offizielle Freistellung von der Strafbarkeit grob fahrlässigen Verhaltens (befristet bis 30. Juni 91) bzw. leichter Fahrlässigkeit (bis 30. Juni 92) untersetzt wurde. Daß dennoch höhere Interessen nicht zu sehr beschädigt werden, war Aufgabe von, nach dem Umfang

---

im Vermögensgesetz getroffen.

117 Soz 19/1994.

118 Vgl. "Das Unmögliche ...", S. 121ff.

der Geschäfte abgestuften internen und externen Kontrollen. Während bei einem Gesamtbligo bis zu 10 Mill. DM "die Konzepte allein durch das Branchendirektorat geprüft, bewertet und ggf. genehmigt" wurden, unterlagen alle größeren Geschäfte der Bewertung durch den Leitungsausschuß. Dieser übte beratende Funktion für den Vorstand und die Branchendirektorate aus. Er wurde vom BMF beauftragt und bezahlt und setzte sich v.a. aus Mitarbeitern von Wirtschaftsprüfergesellschaften zusammen. Er bewertete die Sanierungsfähigkeit der Unternehmen und sprach eine Handlungsempfehlung aus.<sup>119</sup> Es ist wohl davon auszugehen, daß die vom Leitungsausschuß zugrunde gelegten Kriterien für Sanierungskonzepte etc. den Vereinbarungen zwischen Beratergremien, Banken und Treuhand vom Juli/August 90 entsprachen.<sup>120</sup> Die Tätigkeit einer staatlichen Behörde zur Beförderung privaten Geschäfts setzt den Gegensatz der privaten und der nationalen Interessen voraus, den sie aufheben soll.

Dabei konnten die Investitionen, die den Osten rentabel machen sollten, selbst nicht rentabel sein. Als Anreiz erließ "Vater Staat" seinen vermögenden Lieblingsbürgern Steuern in großem Stil, wenn diese nur in den kapitalistischen Umbau Ost investierten. Die unzureichende Nachfrage nach Produktionsbedingungen sollte durch den Staat nicht ersetzt, sondern geweckt werden. Die erlassenen Steuern wie die Lohnabzüge zur Alimentierung der Abhängigen im Osten waren und sind aber größtenteils Produkt des laufenden Geschäfts im Westen, das die Regierung nur im nationalen Interesse umgeleitet hat.<sup>121</sup> Die Anerkennung dieser Abhängigkeit setzt aller "Ostalgie" eine sehr pragmatische Grenze. Die erfolgreiche *Provinzialisierung* der vormaligen DDR gehört zweifellos zu den nachhaltigen Errungenschaften der bürgerlichen Koalition in den 90er Jahren. Eine solidarische Alternative läßt sich daher nicht aus regionalen Besonderheiten, sondern nur aus einer praktischen Kritik der herrschenden Verhältnisse entwickeln.

"Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst kennst, kannst du ohne Gefahr hundert Kämpfe ausfechten. Wenn du nicht den Feind und nur dich selbst kennst, kannst du siegen oder geschlagen werden. Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst nicht kennst, wirst du in jedem Kampf eine Niederlage erleiden." (Sun Zi: Über die Kriegskunst)

--

Erstveröffentlichung: Stefan Bollinger (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004,

---

119 "Das Unmögliche ..." S. 183ff.

120 ebenda, S. 184ff.

121 Ulrich Busch, Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002